



FIGU - ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

5. Jahrgang
Nr. 127, Okt./1 2019

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw., müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäußerten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Rest der Voraussage von Sfath beim Kontaktgespräch vom Samstag, den 14. Juni 1947

Ptaah Wie du das siehst, das ist deine Sache. Sagen muss ich nun aber, dass ich noch das erwähnen muss, was dir mein Vater als Schluss seiner Voraussagen noch erklärt hat, das zu deiner Sicherheit und Information gedacht war. Die Aufzeichnungen sagen folgendes aus (Aus Gesprächsbericht 717. vom 4. April 2019):

Nun spreche ich Persien nochmals an, und zwar besonders deshalb, weil dieses Land für dich eine spezielle Bedeutung haben wird, denn du wirst dort, wie auch einige Jahre später in West-Pakistan, je einen neuen Namen erhalten. Zudem wirst du in Persien einige sehr bedeutsame Verbindungen eingehen, worüber du jedoch in einigen Fällen zeitlebens Schweigen bewahren musst, weil diese politisch- und religionsbedingt deine spätere Mission zerstören und auch gewaltsam dein Leben beenden würden. Dies nebst dem, dass auch anderweitig vielfach durch religiös-verirrte Gläubige, wie aber auch durch bestimmte organisierte Kräfte und sich in Hass und Neid gegen dich erhebende Individuen – auch aus deiner direkten Nähe – hassvoll versucht werden wird, deinem Leben ein Ende zu setzen. Auch wird es werden, wenn du eine eigene Familie gegründet hast, dass aus dieser heraus ein bösartiges Lügengespinnst gegen dich hervorgehen wird. Und dies wird werden, weil du nicht sinnwidrig gegen die Wahrheit handeln, sondern in Korrektheit deine Aufgabe erfüllen und nicht ein bestimmtes Mitglied deiner Familie in den Vordergrund stellen wirst, das fordern wird, dass ihm besondere Rechte zugestanden werden sollen. Das aber wird

nicht in deinem Verhalten liegen, weil du allen Menschen die gleichen Berechtigungen und Rechtmässigkeiten gewährst, wie du das gelernt hast. Daraus wird von diesem Familienmitglied sinnloser Hass gegen dich entstehen, woraus auch ungeheuerliche Lügen, Verleumdungen, Dummheit, Verlogenheit und Verführungen hervorgehen und diese dann mittels weiterem Lug und Trug auch auf andere und leichtgläubige Familienmitglieder übertragen, die unbedacht die Lügen, Verleumdungen und falschen Beschuldigungen als Wahrheit annehmen werden. Letztendlich wirst du von deiner Familie verraten, beschimpft und falsch beschuldigt werden, und zwar auch im Zusammentun mit dir aus Dummheit feindlich gesinnten Elementen aus aller Welt. Schlussendlich wird nur noch dein älterer, vernünftiger Sohn zu dir halten, während jedoch die anderen Mitglieder bösartig unter Zuhilfenahme von Journalen, Zeitungen, Radio und durch verschiedene neuentstehende technische Informationsmöglichkeiten ihre Unwahrheiten und Verleumdungen gewissenlos und schamlos in der ganzen Welt verbreiten werden. Du wirst bösartig und rachsüchtig beschimpft und verleumdend beschmutzt werden, um dich mittels gewissenlos manipulierter falscher Anschuldigungen anzuklagen und dich dadurch unehrenhaft, unlauter und äusserst abseitig erscheinen zu lassen.

Du wirst in deinem Leben in einigen Fällen schwere körperliche Schäden erleiden, was du jedoch durch eigene Kraft zu bewältigen und zu beherrschen verstehen wirst, doch vielfach wirst du auch durch günstige Fügungen unversehrt bleiben. Über die nun angesprochenen und noch viele weitere Dinge deines dir bevorstehenden Lebens werde ich dir jedoch zu späterer Zeit eingehend noch einiges zu erklären und dir auch besondere Verhaltensregeln zu belehren haben. Vieles wird dabei auch mit deinen Verbindungen zusammenhängen, die du in Persien eingehen wirst und die du bis in dein hohes Alter mit dir zu tragen haben wirst, was dir jedoch, wie ich sagte, lebenslang Verschwiegenheit abverlangen wird. All das ist aber auch der Grund, warum ich Verschiedenes ansprechen und erklären muss, was sich weitgehend in Persien ereignen wird.

In Persien wirst du 1963 in der Hauptstadt Teheran durch eine Amerikanerin mit einem jungen amerikanischen Mann namens <Billy the Kid> verglichen werden, der zur Legende wurde, weshalb du dann fortan den Namen <Billy> tragen und dieser sich durch deine Pflichterfüllung deiner eigens zugestimmten Berufung weltweit verbreiten wird. Im persischen, arabischen, afghanischen, indischen und pakistanischen Bereich wirst du in gewissen Kreisen die Bezeichnung <Phantom> erhalten, wobei du diesen Namen jedoch nur so lange zu tragen haben wirst, wie du in den betreffenden Ländern weilst und geheimerweise für drei verschiedene Regierungsführende und für einige Polizeikräfte arbeiten wirst. In diesem Zusammenhang wirst du jedoch auch grosses Leid erfahren, wie dies für dich im Irak, in Algerien und in Indien auf dich einbrechen wird. Auch wirst du in 17 Jahren in Erfüllung deiner Verpflichtung in der Türkei eine grosse leibliche Beeinträchtigung erleiden, wie sich auch später in deinem Leben mehrmals weitere schwerwiegende leibliche Drangsale ergeben werden, wobei du jedoch allesamt durch eigene Bemühungen und Kräfte bewältigen wirst. Davon soll jedoch heute nicht, sondern zu einem späteren Zeitpunkt geredet werden. Zu erwähnen ist heute nur noch, dass dein zweiter offizieller Name Mohammed Abdulla sein und du diesen 1965 in Westpakistan in der Stadt Karachi erhalten wirst, der in den von mir genannten Ländern bekannt werden, jedoch dann wieder schnell vergessen wird, wenn du endgültig in deine Heimat zurückkehren wirst.

Persien wird in deinem Leben noch weiter von Bedeutung werden, worüber ich dir jedoch zu einem späteren Zeitpunkt noch einiges erklären werde. Heute ist nur zu erwähnen, dass du – nebst all dem, was du mit mir zusammen in deinem bisherigen Leben an schrecklichen Grausamkeiten hinsichtlich Kriegsgeschehen und bösartiger Kriegsverbrechen, Massaker und vielem anderen aus nächster Nähe beobachten und miterleben musstest – noch verschiedene andere menschliche Ausartungen zu beobachten und aus nächster Nähe miterleben musst, weil du nur dadurch letztendlich zu dem Menschen werden kannst, der du sein musst, um deine Pflicht erfüllen zu können. Dies wird auch Hinrichtungen von Staatsführenden betreffen, die gestürzt werden. Das bedeutet, dass auch meine Nachfolgeperson dich in gleicher Weise unterrichten wird, wie ich das getan habe und es noch einige wenige Jahre noch weiter tun werde. Einiges deines zukünftigen Lernens wird sich in Persien ergeben, wo du auch die Bekanntschaft des Kaisers machen wirst, ehe er Jahre später, und zwar 1979, durch eine Islamische Revolution unter dem Kommando eines islamischen Sektierers (Anm. Billy: Ajatollah Ruhollah Chomeini) gestürzt und damit die Monarchie beendet und der Kaiser aus Persien fliehen wird. Doch darüber und vieles andere werde ich dich ebenfalls zu einem späteren Zeitpunkt unterrichten, wie auch hinsichtlich einigem, das von dir in der Türkei zu bewältigen sein wird.

Also beginne ich jetzt damit, indem ich dich – wie hinsichtlich aller früheren ähnlichen und gleichartigen Erklärungen – nun auch weiterhin in jeder Art und Weise verpflichten muss, darüber Schweigen zu bewahren, denn was ich dir jetzt klarzulegen habe, darf in diesem Jahrhundert nicht in die Welt hinausgelangen, sondern erst dann, wenn sich alles zugetragen hat und eine gewisse Zeit im nächsten Jahrtausend dahingegangen sein wird. Würdest du dich nicht an dein Schweigen halten, dann würdest du damit dein Leben gefährden, weil die USA noch in diesem Jahr und effectiv in weniger als drei Monaten einen

Geheimdienst gründen werden, der bis weit ins 3. Jahrtausend hinein weltweit und damit auch in Persien sehr viel Unheil anrichten wird.

Mit dem, was ich dir zu belehren habe, will ich nun damit beginnen: Das Jahr 1953 wird für mich das sein, da ich meinen letzten Weg gehen werde und eine weitere Person dich begleitend und belehrend weiterführen wird. Es wird aber auch die Zeit sein, zu der im Kaiserreich Persien der erste freigewählte Premierminister (Anm. Billy: Mohammad Mossadegh) durch einen Militärputsch gestürzt und dieser in späteren Jahren – ab heute in zwei Jahrzehnten – hingerichtet werden wird. Der Kaiser resp. Schah wird seine Macht im Land verlieren, wobei der ins Leben gerufen werdende Geheimdienst der USA, die <Central Intelligence Agency>, die in Kurzweise CIA genannt werden wird, tatkräftig ihre Intrigen in Persien einbringen wird, das seit 1934 die Bezeichnung <Iran> trägt.)

(Anm. Billy: Iran = Der 1934 herrschende Schah Reza Pahlavi verfügte, dass der Staat <Persien> seinen alt-herkömmlichen Namen verlieren und in <Iran> umbenannt werden musste, der auf das 2. Jahrhundert vor Jmmanuel (Christus) und auf indoiranische Stämme zurückgeht, die blutig, barbarisch und massakrierend die damaligen Ureinwohner der <Pars> abschlachteten und in dieser Weise das damalige Gebiet eroberten und zu ihrem zentralen Siedlungsgebiet machten. Das Land wurde dann von den Eroberern gemäss der antiken Stammesföderation nördlich des Persischen Golfes <Persis> genannt, der in deutscher Sprache als <Persien> zum Ausdruck gebracht wird. Wird der Name Iran seziert, dann leitet sich dieser aus dem altpersischen (Alt-Farsi) <Būm-ī aryānam> = <Land der Arier> ab, wie dies die Geschichte des altpersischen Grossreichs z.Z. von 539 v. Jmmanuel (Chr.) darlegt, als Babylon eingenommen und das Neubabylonische Reich der Chaldäer besiegt wurde.)

Dieser Geheimdienst der USA, die CIA, wird schon kurz nach der Gründung unheilvorrufend weltweit aktiv werden, und zwar auch in Persien, wie ich schon sagte und das ich nicht anders und also nicht Iran nennen will. Diese CIA wird sich geheimerweise sehr schnell in Persien einnisten und eine geheime Operationsbasis betreiben, und zwar zuerst ohne Wissen des Schah, der Bevölkerung und der Welt, folglich haben dann auch die gesamte Bevölkerung und die Militärs der USA keinerlei Ahnung davon. Auch der Schah wird also in der ersten Zeit nichts davon wissen, sondern erst dann, wenn er in die Fänge der CIA fällt, was sein wird, wenn er durch diese einen eigenen und ihm nützlichen persischen Geheimdienst nach Manier des amerikanischen ausbilden lassen wird. Davon jedoch wird auch das persische Volk nichts erfahren, denn dass dann in Persien Geheimdienstleute des Schah ausgebildet werden, wird dem Volk verheimlicht, weil dieses durch den entstehenden persischen Geheimdienst streng überwacht und drangsalieren soll, wodurch dann auch Regierungsbeamte und Zivilpersonen hingerichtet werden. Die Wahrheit ist die, dass, nebst dem bereits 1909 gegründeten britischen Geheimdienst <Secret Intelligence Service> (Anm. SIS), bereits in diesem Jahr, und zwar schon in wenigen Monaten, der erwähnte entstehende Geheimdienst der USA – die CIA – bis weit ins 3. Jahrtausend hinein durch Agenten in vielen Ländern der Erde grosses und vielfaches Unheil anrichten und Schrecken verbreiten, wie weltweit auch viele Gewaltverbrechen verüben wird. Dieser Geheimdienst wird – wie kein anderer – für viele zukünftige böartige und schreckliche Weltgeschehen, wie Aufstände, Kriege, politische Meuchelmorde, Terror und viele andere Verbrechen, ausschlaggebend und verantwortlich sein, wie er auch massgebend hinsichtlich politischer Intrigen in Persien tätig werden, jedoch derart geheimgehalten werden wird, dass nur die höchsten Chefs des CIA und natürlich die direkt daran Beteiligten darüber orientiert sein werden. Und dies wird auch der Fall sein bezüglich der Tatsache, dass die CIA usw. und der britische Geheimdienst am Putsch beteiligt sein werden, der 1953 in Persien erfolgen wird. Diese Tatsache ergibt sich dann ebenso, wie dass die CIA und der SIS auch für alle kommenden politischen und militärischen Geschehen in Persien die Verantwortung zu tragen haben werden. Dies wird aber auch so bezogen sein hinsichtlich einer islamischen Revolution, die sich im Jahr 1979 ereignen wird, wobei diesbezüglich speziell die CIA urhebend involviert sein wird.

Amerikanische und britische Geheimdienste werden also den Putsch heimlich unterstützen, und zwar unzweifelhaft, wie ich aus Erschauungen in der Zukunft festgestellt habe. Und wie ich weiss, wird die CIA diesen Putsch gar selbst organisieren und leiten, wobei durch diesen auch der ruhende Kriegszustand (Anm. Billy: Kalter Krieg) und das Öl für alle möglichen Intrigen und Geschäfte genutzt werden wird. Dass dazu dem Geheimdienst der USA, die CIA, nicht nur fast, sondern jedes und alle erdenklich böartigen, hinterhältigen, infamen, lebensverachtenden sowie verkommenen Mittel recht sein werden, um die politischen, militärischen, geheimdienstlichen sowie wirtschaftlichen Interessen der USA in der Dritten Welt durchzusetzen, zu verteidigen, wie natürlich auch zu wahren, das ist schon jetzt absolut fraglos. Dass dabei auch vor Staatsumstürzen, Attentaten und Folterei und Morden an Menschen nicht zurückgeschreckt werden wird, wie auch nicht von Zerstörungen wichtiger Anlagen usw., das wird für die CIA eine absolute Verständlichkeit und Zumutbarkeit bedeuten. Und was diesbezüglich für Persien schon seit dem Ende des Weltkriegs durch die Machthaber der USA geplant wird – schon seit damals völlig geheim und nur der obersten regierenden Elite der USA bekannt –, ist ein geheimes-untergründiges und politisch zer-

störerisches Wirken der amerikanischen Staatsführenden, die Persien auf ihre Seite bringen wollen, wofür dann auch der entstehende Geheimdienst CIA eingesetzt werden soll. Die Begründung dafür wird einerseits aus Angst und Feigheit der USA erfolgen, dass Persien früher oder später zu einem Vasallenstaat der Sowjet-Union werden könnte. Andererseits wird auch befürchtet, dass die jetzt schon vorzeitig ausgearbeiteten geheimen Pläne der Regierenden der USA scheitern könnten, durch Intrigen des bald entstehenden Geheimdienstes CIA in den Besitz der persischen Ölfelder zu gelangen, die gegenwärtig noch unter der britischen Herrschaft der APOC sind, der Anglo-Persian Oil Company.

Den Plänen der USA und allen Interessengruppen, die persischen Ölfelder an sich reißen zu wollen, steht der seit 1945 amtierende Präsident Harry S. Truman (Anm. Billy: Das <S> in Harry S. Truman entspricht keiner Abkürzung für einen zweiten Vornamen, denn es handelt sich lediglich um ein Initial, das den Namen seiner beiden Grossväter Anderson Shippe Truman und Solomon Young entspricht) voran, der sein Amt noch bis 1953 innehaben wird und der auch für die beiden Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki verantwortlich ist, durch die gewissenlos Hunderttausende unschuldiger ziviler Menschen ermordet wurden. Weiter, so wird von den verantwortlichen Staatsführenden der USA angenommen, könnte die Fremdenfeindlichkeit der Bevölkerung in Persien früher oder später dazu führen, dass das britische Unternehmen enteignet und die Ölfelder verstaatlicht werden könnten, was zu späterem Zeitpunkt dann tatsächlich auch geschehen wird. Das aber wollen die USA und auch die Briten verhindern, weshalb alles getan wird, und zwar auch in Zukunft, dass das Öl weiterhin von britischen, französischen und amerikanischen Unternehmen gefördert werden kann. Noch besteht zwar gegenwärtig keine Gefahr für eine Verstaatlichung der Ölfelder, doch wird diese bald in greifbare Nähe rücken, wenn der erste Premierminister an die Macht kommt, der frei gewählt werden wird.

Weiter wird sich in den nächsten Jahren ergeben, dass der Schah seinen Geheimdienst immer weiter ausbauen und er durch diesen jegliche Opposition in ganz Persien in gewalttätiger Weise unterdrücken lassen wird. Trotzdem wird er aber nicht verhindern können, dass 1979 eine Revolution losbrechen und er schimpflich abgesetzt und Persien in eine Islamische Republik umgewandelt werden wird. Diesbezüglich wird in den 1960er Jahren ein Ruhollah Chomeini zur Symbolfigur gemacht werden und von sich reden machen, um dann auch zum Revolutionsführer erhoben zu werden, wozu es aber erst später kommen wird. Was sich jedoch ergeben wird, das bezieht sich auf mancherlei Dinge, wie auch darauf, dass alles in den nächsten Jahrzehnten in Persien Kommende Auswirkungen auf die Religiosität der persischen Bevölkerung haben wird, und zwar in der Beziehung, dass viele schon in einem Jahrzehnt, von heute an gerechnet, von ihrer islamischen Religion enttäuscht zu werden beginnen, wobei sie dafür das Problem im Islam selbst vermuten werden. Dadurch wird die Religion immer mehr eine geringere Rolle im Leben der persischen Bevölkerung spielen, und zwar besonders in den grossen Städten, während dies auf dem Land weniger der Fall sein wird. Doch was dazu führen wird, das konnte ich aus meinen Zukunftschauen erkennen, denn diese liessen mich sehen, dass eine Islamische Revolution unvermeidbar sein und aus vielschichtigen Interessengruppen hervorgehen und 1979 zur Absetzung von Schah Mohammad Reza Pahlavi führen und damit auch die Monarchie in Persien beendet werden wird. Dabei wird dann die von mir genannte Symbolfigur Ajatollah Ruhollah Chomeini ab 1979 gegen weitere revolutionäre und säkulare Gruppen sein Staatskonzept von der Regentschaft einer <Geistlichkeit> und <Statthaltschaft Rechtsgelehrter> proklamieren und mit böser Gewalt durchsetzen und sich auch als neues religiöses Staatsoberhaupt ausrufen. Er wird es auch sein, der die ersten hervorgehenden Demonstrationen gegen den Schah anführen wird, den du auch kennenlernen und ihn später heimlicherweise wiedersehen und ihm verschiedenes zu erklären haben wirst.

Was ich angesprochen habe bezüglich dem Glauben der persischen Bevölkerung, dass sich bei dieser ein Wandel bezüglich des Islam ergeben wird, so wird dieser in Persien seine alte Form verlieren – wie später auch in anderen islamischen Staaten –, denn dieser wird institutionalisiert und verpolitisiert werden, was auf einen Grossteil aller arabischen und vom Islam beherrschten Länder und deren Bevölkerungen übergreifen und zu Aufständen wider deren diktatorische Führungen führen wird. Der Anfang dafür ist jedoch schon vor Jahren gesetzt worden und wird 1963 weitergeführt werden, denn dann wird in Persien durch eine bereits in zwei Jahren, also 1949, gegründet werdende Freiheitsbewegung ein Reformprogramm von Schah Mohammad Reza Pahlavi zu kämpfen beginnen, das dann vor allem die Einführung des Frauenwahlrechts und die Abschaffung des Grossgrundbesitzes verhindern soll. Dabei werden dann auch die Geheimdienste Britanniens und der USA daran beteiligt sein, heimlich einen Putsch gegen den Kaiser vorzubereiten und seinen Sturz zu unterstützen. Dann aber werden sich die USA derart offen in die persische Politik einmischen, und zwar angeführt durch den Präsidenten (Anm. Billy: Jimmy Carter) der USA, dass im Jahr 1977 eine politische Liberalisierung erfolgen kann, die dann 1978 die von Ajatollah Ruhollah Chomeini initiierten Demonstrationen wieder aufleben lassen wird.

1978 wird dann durch organisierte Streiks die Wirtschaft Persiens lahmgelegt werden, wobei die von mir genannte Freiheitsbewegung unterstützend hilfreich sein und dann letztendlich dazu führen wird, dass der Schah im Januar 1979 aus dem Land fliehen und sich endgültig absetzen muss. Nur zwei Wochen später wird Ajatollah Ruhollah Chomeini – der bereits 1964 als staatsgefährdender Revoluzzer ins Aus-

land abgeschoben und in Frankreich Asyl finden wird – aus seinem Exil nach Teheran zurückkehren. Danach wird die Monarchie abgeschafft werden, jedoch nur, um diese mit Hilfe des Geheimdienstes der USA in eine strenge religiös-sektengleiche und durch Glaubens-Fanatismus geprägte Islamische Republik umzusetzen, wobei heimlich mit den USA auch ein frühes Atomabkommen zur Unterlassung atomarer Waffen ausgehandelt werden wird. Alles Diesbezügliche wird aber auch Kreise in die arabische Welt ziehen, in die sich die Vereinigten Staaten von Amerika allüberall einmischen und ihre Herrschaftsansprüche einbringen werden, wobei besonders Saudi-Arabien im Vordergrund des Begehrs stehen und dies auch bis weit ins 3. Jahrtausend anhalten wird. Durch politische und geheimdienstliche Heuchelei, Intrigen, Lügen und Betrug usw. werden die USA ein falsches Vertrauen der saudischen Machthaber gewinnen und diesen Waffensysteme und Unmengen an Waffen verkaufen, wodurch Saudi-Arabien zu einer gefährlichen Militärmacht im Nahen Osten aufsteigen und zur unberechenbaren Dauergefahr für Persien werden wird.

(Anm. Billy: Zwischen Persien und Saudi-Arabien herrschen seit Jahrhunderten religiöse Differenzen, denn Persien ist religiös schiitisch geprägt, Saudi-Arabien hingegen sunnitisch, folgedem der Hauptgrund der Feindschaft darin basiert, dass es im islamischen Religionswahn in der Golf-Region um die Vormacht des <wahren Glauben> geht. Das bedeutet, dass zwischen Persien und Saudi-Arabien die uralte Konflikt-Spaltung in bezug auf den Islam in Sunniten und Schiiten darin besteht, weil der Prophet Mohammed keinen Nachfolger bestimmte (Anm.: Wie das auch niemals ein wahrer Prophet aus der Nokodemion-Linie getan hat.) Die saudische Haupt- und Staatsreligion fundiert in seiner sunnitischen wahhabitischen Prägung im hanbalitischen Islam, und dieser steht in Feindschaft zur Staatsreligion der schiitischen Perser mit ihrer Zwölfer-Schia, wobei diese Zwölfer-Schia einer schiitischen Gruppierung entspricht, die im frühen 10. Jahrhundert im Irak entstand und nach deren Lehre es zwölf Imame gebe; wobei der letzte von ihnen in der Verborgenheit leben soll, aber am Ende der Zeiten zurückkehren werde, um in Gerechtigkeit zu herrschen.

Wie andere Muslime auch, glauben die Sunniten an die Lehre des Propheten Mohammed und an den Koran. Sie beten privat fünfmal am Tag zu Allah, und am Freitag treffen sie sich in der Moschee zum gemeinsamen Gebet, wobei sie nicht an die Imame als legitime Nachfolger von Mohammed glauben, eben anders als die Schiiten, von denen zudem die meisten nur dreimal am Tag beten.

Die Schiiten nehmen für sich in Anspruch, dass Ali Ibn Abi Talib, der Neffe und Schwiegersohn Mohammeds, sein legitimer Nachfolger sei, weil angeblich nur dieser Ali oder seine Söhne Nachfolger des Propheten Mohammed werden durften.

Gegensätzlich fordern die Sunniten die Wahl aus dem Stamm von Mohammed, folglich der Nachfolger kein Familienmitglied sein musste. Als erster Kalif wird Mohammeds Vertrauter Abu Bakr genannt, den die Schiiten nicht anerkennen.

Zwar berufen sich alle Muslime auf den Koran als wichtigste Quelle ihres Glaubens (wie das auch die Christen bezüglich der Bibel und auch alle anderen Religionen mit ihren <Heiligen Büchern> tun), wie auch in unterschiedlichem Mass auf Taten und Aussprüche des Propheten – die Sunna, resp. auf die Gesamtheit aller angeblich überlieferten Aussprüche, Verhaltens- und Handlungsweisen des Propheten Mohammed, die als Richtschnur muslimischer Lebensweise gelten. Doch dafür ist zu beachten, dass die Sunna ebenso im Laufe der Zeit und also sehr lange nach Mohammed von Schreiberlingen erfunden und geschrieben wurde, wie das auch beim Koran, der Bibel und dem <Neuen Testament> der Fall war, wozu betrügerisch gelogen wird, dass es es sich dabei um effektiv-wahre Reden, Aussprüche, Verhaltens- und Handlungsweisen usw. des Propheten handle.)

In Persien selbst wird es in den kommenden Jahrzehnten bis weit ins 3. Jahrtausend hinein einerseits also um die Religionsgläubigkeit gehen, wie ich schon erwähnte, weil die Staatsgewaltigen wahnbefallene und glaubensbesessene Religionsführer sein werden. Andererseits wird Persien infolge unkontrollierbarer rein politischer, machtbetreffender, finanzieller und wirtschaftlicher Angelegenheiten verfallen, wie zudem in den grossen Städten die meisten Menschen ihren Sektenglauben bezüglich des religiösen Charakters der Islamischen Republik schon zu Beginn der 1980er Jahre zu verlieren beginnen werden. Das alles wird sich dann bis weit ins 3. Jahrtausend hineinragen, wodurch die Menschen ihre Gläubigkeit in die religiöse Islamische Republik völlig aufgeben werden, weil die Gläubigen die Wahrheit und die tatsächlichen volksverdummenden, volksschädlichen und freiheitszerstörenden bösen Machenschaften der Religionsführer erkennen werden, die im Deckmantel der Islamischen Republik verborgen sein werden. Und in diesem Deckmantel wird nichts Gutes enthalten sein, sondern alles andere und nur religiös Auswuchernes, das sich als bössartiger Terror der Machthaber und deren Schergen entpuppen und ebenso krimineller Amtsmissbrauch sondergleichen sein wird, wie auch durch religiösen Glauben gestützter Mord und Zwang. Und alles wird gepaart sein mit Korruption sowie Machtmissbrauch, Religionsterror und tödlicher Strafe und Gewalt gegen fehlhandelnde Gläubige. Es wird auch Misswirtschaft aufkommen, die das Land beherrschen wird, wie durch die USA auch über Jahrzehnte hinweg Persien und deren Bevölkerung durch Zwangsmassnahmen drangsaliert und erpresst werden wird, wozu Abstrafungen, Bestrafungen und

Druckmittel (Anm. Billy: Sanktionen) zur Geltung gebracht werden, durch die dann verschiedenste Forderungen nach USA-Willen erzwungen werden sollen.

Die religiösen Herrscher und alle im Namen der Religion Herrschenden in Persien werden ebenso korrupt sein wie die Machthaber der USA, die zukünftig durch Zwangsmassnahmen ihre Forderungen in Persien durchsetzen wollen, denn sie alle werden gleich sein, und zwar auch in ihrer verlogenen und betrügerischen falschen Religiosität, die sie in ihrer Falschheit schon in ihrer Kindheit verinnerlicht haben werden. Und werden heute, morgen und in den kommenden Zeiten des 3. Jahrtausends die Gesinnungen der Staatsmächtigen und deren Gleichgesinnten in den Regierungen der USA und Persiens genau untersucht, wie ich das getan habe, dann ergibt sich, dass ihr gesamtes Gehabe einerseits nur auf ihre Selbstherrlichkeit und Macht über ihre Völker sowie auf ungeheure Vermögenswerte und ihren verlogenen Glauben an einen Gott und dessen Schutz für sie ausgerichtet ist und auch in weite Zukunft so sein wird. Dabei geht es heute wie morgen und in weite Zukunft bei den USA zudem noch darum, an die Rohstoffe Persiens zu gelangen, wofür selbst vor Krieg nicht zurückgeschreckt werden wird, wenn keine andere Möglichkeit bestehen wird, um an die sehr grossen und umfangreichen Erdressourcen in Persien zu gelangen. Besonders sind diese Ressourcen für die USA äusserst wichtig, wie sie das auch in Zukunft sein werden, weil sie durch ihre ungerechtfertigten und auf Weltherrschaftssucht aufgebauten Kriege und politisch-militärischen Einmischungen in fremden Ländern die grössten Verbraucher aller Erdressourcen sind, dies auch hinsichtlich der immensen Rohstoffe Persiens. Daher werden es die USA bis weit ins 3. Jahrtausend hinein nicht lassen, sich in die Staaten des ölreichen Nahen Ostens einzuschleichen, um sich eine Vormachtstellung zu schaffen. Dabei wurden von den Vereinigten Staaten von Amerika schon vor dem letzten Weltkrieg ganz besonders die ölreichen Staaten um den persisch-arabischen Golf ausgesucht – speziell Persien, Saudi-Arabien und Irak –, um sich heuchlerisch um des Erdpetroleums willen in diese kriminell einzuschleichen, notfalls drohend zu intervenieren oder durch Zwangsmassnahmen oder Krieg das gesetzte Ziel zu erreichen.

Billy An das Ganze vermag ich mich nur noch vage zu erinnern. Aber ich habe noch etwas anderes: Dein Vater Sfath hat mich ersucht, seine Voraussagen weltweit zu verbreiten, wie er aber auch gesagt hat, dass auch ich selbst mich darum bemühen müsse, durch meine eigenen Fähigkeiten Voraussagen zu erstellen und zu verbreiten. Das habe ich dann ja auch getan, mehrfach in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren, wobei ich teilweise auch auf seine Voraussagen gegriffen, jedoch auch eigene Wahrscheinlichkeitsberechnungen und daraus Voraussagen gemacht und an Regierungen, Radiostationen, Zeitungen und einige Organisationen gesandt habe, was jedoch so gut wie <Wasser in den Rhein> getragen war, eben ohne jegliche Resonanz. Also frage ich mich, ob ich vielleicht trotzdem nochmals etwas berechnen und eine Voraussage erstellen soll. Es müsste ja nicht viel sein, jedoch etwas spezifisch. Was meinst du dazu?

Ptaah Das entspricht einer Idee, die du verwirklichen solltest.

Billy Gut, dann werde ich es tun, doch wird es wohl so werden wie schon früher, dass das Ganze bei jenen Stellen nicht durchdringen wird, wo es eigentlich müsste.

Ptaah Bei der Unvernunft, die bei allen massgebend Verantwortlichen vorherrscht, eben bei öffentlichen Medien sowie bei den Regierenden, wird es sicherlich so sein. Jetzt aber, Eduard, bin ich schon länger ...

...

Ende

Mehrere Tornados in den USA forderten 23 Menschenleben

Tagesschau.de Mo, 04 März 2019 17:43 UTC

Eine etwas verspätete Nachricht, die aber fortan immer häufiger in ähnlicher Weise erscheinen wird, wobei vermehrt von gleichen oder vielen anderen zerstörerischen Ereignissen der durch die Menschheit drangsalierten Natur berichtet werden wird, weil sich diese laufend weltweit mehren – als Folge aller zerstörerischen Machenschaften und deren verheerenden Auswüchse, die durch die Masse der weiter unaufhaltsam und verantwortungslos anwachsenden Überbevölkerung hervorgerufen werden. Billy

Im Bundesstaat Alabama richteten Tornados schwere Schäden an. Zahlreiche Menschen kamen ums Leben, weitere wurden teils schwer verletzt. Derzeit wird noch nach Vermissten gesucht.



Ein Mobilfunkmast liegt auf einem Highway, nachdem ein Tornado in der Gegend wütete.

Mehrere Tornados haben im südlichen US-Bundesstaat Alabama mindestens 23 Menschen getötet. Jay Jones, Sheriff von Lee County, sagte US-Medien, unter den Opfern seien auch mehrere Kinder. Weitere Menschen seien zum Teil schwer verletzt worden. Derzeit werde noch nach Vermissten gesucht.

Rund ein Dutzend Wirbelstürme

Neben Alabama wurden auch Gebiete im benachbarten Georgia von den Tornados getroffen, die laut Nationalem Wetterdienst auf Windgeschwindigkeiten von bis zu 218 Kilometern pro Stunde kamen. Die Rede war von rund einem Dutzend Wirbelstürmen in beiden Bundesstaaten.

Aus der Gemeinde Beauregard (Alabama) wurden massive Schäden gemeldet. Der Tornado habe "katastrophale" Schäden angerichtet, so Sheriff Jones. Die Spur der Verwüstung sei rund 400 Meter breit und mehrere Kilometer lang. Aufnahmen zeigten abgedeckte Häuser, entwurzelte Bäume und gesperrte Strassen mit Rettungsfahrzeugen. Das genaue Ausmass der Zerstörung ist bisher unklar.

Die Behörden hatten zwar eine Warnung vor gefährlichen Tornados erlassen und die Bewohner der Gegend zu äusserster Vorsicht angehalten.

Rettungskräfte mit Grossaufgebot im Einsatz

Selbst US-Präsident Donald Trump meldete sich über Twitter zu Wort und rief dazu auf, sich für weitere Wirbelstürme zu wappnen.

Laut dem Wetterdienst hatte der erste Tornado, der Lee County traf, einen Durchmesser von fast einem Kilometer. Bilder zeigten zerstörte Häuser, entwurzelte Bäume und mit Trümmern übersäte Strassen. Nahe der Stadt Smiths Station stürzte ein Mobilfunkmast auf eine vierspurige Schnellstrasse. In Tausenden Haushalten fiel der Strom aus. Die Rettungskräfte waren mit einem Grossaufgebot im Einsatz. Ihre Bergungsarbeiten und die Suche nach Opfern wurden jedoch durch die einbrechende Dunkelheit erschwert. Eingesetzt wurden laut Sheriff Jones auch Drohnen mit Wärmebildkameras.

"Tag der Zerstörung"

Der Rechtsmediziner von Lee County, Bill Harris, sagte dem Fernsehsender WFSA 12, dass die Retter zu einigen der betroffenen Ortschaften wegen der chaotischen Lage noch gar nicht durchdringen konnten. Einige Verletzte seien von Lastwagenfahrern aus der Gefahrenzone gebracht worden. "Das ist ein Tag der Zerstörung für Lee County", sagte Harris. **"Ich kann mich nicht erinnern, dass wir zu meinen Lebzeiten schon einmal eine solche Lage mit Massen an Opfern gehabt hätten."**

Quelle: <https://de.sott.net/article/33332-Mehrere-Tornados-in-den-USA-forderten-23-Menschenleben>

Weise Erkenntnis: Asteroiden können nicht einfach gesprengt werden

Sputniknews Do, 07 Mär 2019 17:26 UTC

Ein grösserer Asteroideneinschlag auf der Erde kann katastrophale Folgen für das Leben auf dem Planeten haben. Bislang hielt man es für möglich, im Notfall Asteroiden im Anflug mit geballter Feuerkraft zu sprengen. Doch eine neue Studie warnt: Aufgrund bestimmter physikalischer Gesetze könnten Asteroiden nur sehr schwer zu zerstören sein.

Bislang hielt man es für möglich und liess es auch vielfach von der Filmindustrie verarbeiten: Um die Erde vor der Apokalypse zu bewahren, sollte ein anfliegender Asteroid mit Waffengewalt gesprengt werden.

Doch neue Forschungsarbeiten an diesem nicht ganz unwichtigen Sachverhalt haben ergeben, dass eine Sprengung zwar möglich ist ... **aber möglicherweise nichts bringt.**

Forscher der John Hopkins University haben Computersimulationen von Asteroidenkollisionen durchgeführt und wichtige Erkenntnisse bekommen, die in vollem Umfang erst am 15. März in der Zeitschrift Icarus veröffentlicht werden sollen.



Anhand verschiedener Parameter haben die Forscher simuliert, wie ein kleiner Asteroid mit einer Breite von einem Kilometer einen grossen von der 25-fachen Grösse trifft.

Zuvor ging man davon aus, dass durch die Aufschlagswucht des kleinen Asteroiden der grössere zerbrechen würde.

Doch das Team der John Hopkins University kam zu einem etwas anderen Endscenario. Zwar zerspringt in der Tat der grössere Asteroid in viele kleinere Bruchstücke, doch diese werden nicht ausgelöscht.

Mehr noch: durch die Schwerkraft des Asteroidenkerns werden die Fragmente des grossen Asteroiden **schliesslich wieder zusammengezogen und bilden wieder einen soliden Gesteinsbrocken.**

Auch das entsprechende Simulationsvideo haben die Forscher veröffentlicht:

"Wir haben immer geglaubt, je grösser das Objekt ist, desto leichter würde es brechen, weil grössere Objekte mit grösserer Wahrscheinlichkeit Mängel aufweisen", erklärte der leitende Autor der neuen Studie, Charles El Mi, in einer Pressemitteilung.

"Unsere Ergebnisse zeigen jedoch, **dass Asteroiden stärker sind als wir dachten und mehr Energie benötigen, um vollständig zerstört zu werden**", so El Mi weiter.

Damit könnten zahlreiche Planungen internationaler Raumbehörden und auch Regierungen sinnlos sein, denn das einfache Abfeuern von Nuklear- oder Laserraketen auf die ausserirdischen Gesteinsbrocken hätte viel weniger Auswirkungen als bisher angenommen.

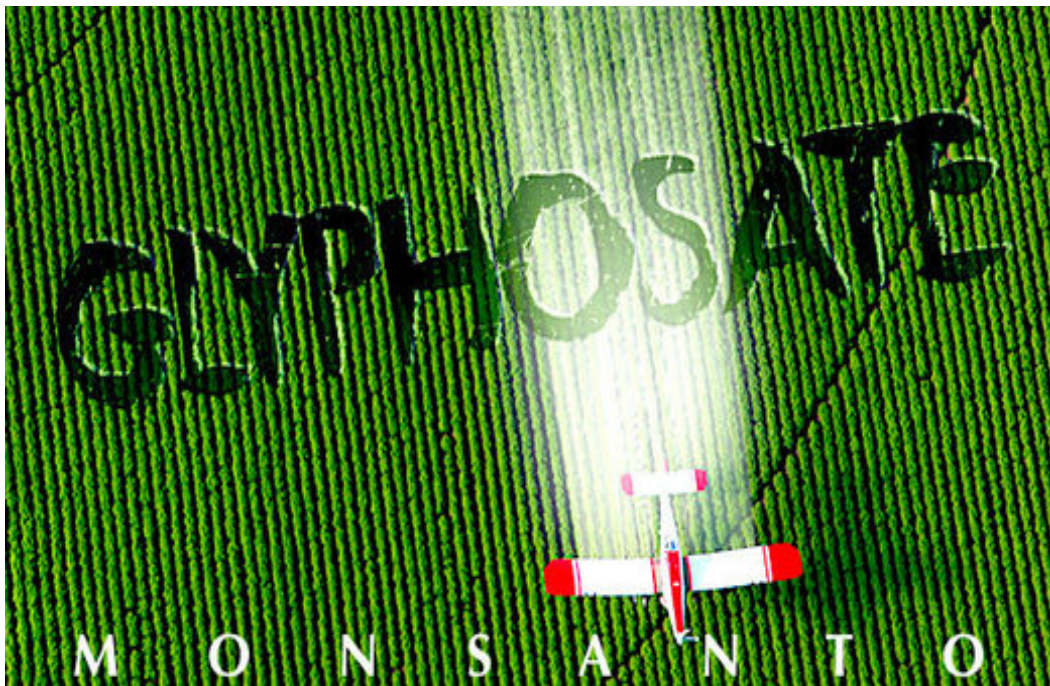
Quelle: <https://de.sott.net/article/33342-Weise-Erkenntnis-Asteroiden-können-nicht-einfach-gesprengt-werden>

Zensur: Bundesregierung verbietet Veröffentlichung von Glyphosat-Gutachten

Sputniknews Mi, 03 Apr 2019 16:57 UTC

Ein brisantes Gutachten, welches nahelegt, dass Glyphosat Krebs auslösen kann, darf nicht im Netz veröffentlicht werden. Das Landgericht Köln hat der Website "FragdenStaat.de" die Publikation verboten. Die Betreiber wollen dagegen klagen und bedienen sich derweil eines cleveren Tricks.

Das sechseitige Gutachten des Bundesamtes für Risikobewertung stammt bereits aus dem Jahre 2015 und dokumentiert unter anderem Untersuchungen zu Tumoren, die das umstrittene Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat ausgelöst haben könnte. Die Plattform FragDenStaat hatte das Gutachten durch einen Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz von der Behörde erhalten und veröffentlicht. "FragDenStaat" ist ein 2011 gegründetes Projekt, über das Bürger online Anfragen an deutsche Behörden stellen können. Das Team von FragdenStaat stellt ebenfalls Anfragen und veröffentlicht die Antworten der Behörden auf ihrer Website.



© Natural News/KJN

Bundesregierung verbietet die Veröffentlichung eines staatlichen Gutachtens?

Nun hat das Landgericht Köln verfügt, dass das staatliche Glyphosat-Gutachten nicht mehr auf FragdenStaat.de öffentlich zugänglich sein darf. Anderenfalls drohen den Betreibern eine Strafzahlung von bis zu 250 000 Euro oder bis zu sechs Monate Ordnungshaft.

Das zuständige Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), dem Landwirtschaftsministerium von Julia Klöckner (CDU) unterstehend, wirft der Plattform Urheberrechtsverletzung vor und fordert von den Betreibern die Unterzeichnung einer Unterlassungserklärung. Die Bundesregierung verbietet also die Veröffentlichung eines staatlichen Gutachtens.

Urheberrecht oder Inhalt?

Die Behörde, die die Websitebetreiber verklagt hatte, beruft sich auf das Urheberrecht. Bei dem Gutachten handele es sich "auch um ein Sprachwerk, das gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 UrhG urheberrechtlich geschützt ist" und nur "mit Zustimmung des Antragstellers der Öffentlichkeit zugänglich gemacht" werden dürfe.

FragdenStaat vermutet jedoch, dass der Grund im brisanten Inhalt des Gutachtens liegt, der möglichst nicht an die Öffentlichkeit gelangen soll.

Notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof

Der Verein will sich nun dagegen wehren. Bereits in der vergangenen Woche haben sie Klage gegen die Bundesregierung vor dem Berliner Landgericht erhoben. FragdenStaat.de hatte bereits 2014 erfolgreich gegen die Bundesregierung geklagt. Damals ging es um juristisches Gutachten zur Frage, ob eine 2,5-Prozent-Hürde bei der Europawahl zulässig sei. Damals hatte das Kammergericht Berlin einer Klage der Plattform gegen eine Abmahnung durch die Bundesregierung stattgegeben.

Arne Semsrott, Projektleiter von FragDenStaat sagte: "Es ist beschämend zu sehen, dass das Landwirtschaftsministerium das Urheberrecht missbraucht, um unliebsame Berichterstattung zu unterdrücken. Wir lassen uns aber nicht einschüchtern. **Wenn es sein muss, ziehen wir mit dem Fall bis vor den Europäischen Gerichtshof. Das Urheberrecht darf nicht zum Zensurheberrecht werden.**"

Holt euch das Gutachten!

FragdenStaat.de hat das Glyphosat-Gutachten inzwischen von ihrer Website gelöscht. Solange der Rechtsstreit nicht geklärt ist, bedient sich die Initiative jedoch einer Gesetzeslücke und ruft die Bürger auf, das Dokument individuell auf der Website anzufordern. Nach dem Informationsfreiheitsgesetz hat jeder das Recht auf eine Privatkopie. Die Initiative schreibt auf ihrer Website:

Das Landgericht Köln hat die Veröffentlichung des Gutachtens verboten. Sie kann aber nicht verbieten, dass alle Menschen das Gutachten für sich selbst anfragen. Helfen Sie uns und fragen Sie das Gutachten an! Quelle: <https://de.sott.net/article/33385-Zensur-Bundesregierung-verbietet-Veroffentlichung-von-Glyphosat-Gutachten>

Hierzu Auszüge aus dem 634. Kontaktgespräch vom 13. November 2015

Billy: ... Ändern tut sich auch nichts in bezug auf die kriminelle Giftspritzerei in bezug auf Herbizide und Pestizide, denn wieder einmal ist es soweit, dass die Gesundheitsämter und die EU-Diktatur das meist-verkaufte Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat in Europa legalisiert und für die menschliche Gesundheit als unbedenklich deklariert hat. Folglich kann es in rauen Mengen ausgebracht werden und die natürlichen Lebensmittel, eben die Nahrungspflanzen, vergiften, die dann von den Menschen gegessen werden und sie vergiften. Glyphosat wird nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa und gar auf der ganzen Welt auf Äckern und Grünflächen, in Obstplantagen, auf Bahndämmen und in den Privatgärten eingesetzt. Das Pestizid Glyphosat findet sich in Produkten wie Roundup, Taifun, Well Kill oder Capito und ist erhältlich in den Gartenabteilungen von Migros, Coop, Landi, Jumbo oder Hornbach. Wenn du nochmals etwas ausführlich über Glyphosat und dessen Wirkung sagen kannst, wie auch über das ganze Drum und Dran der heutigen Herstellung und den Vertrieb usw. Meines Wissens stellen heute ja verschiedene Konzerne das Gift her, und zwar weltweit, so z.B. auch in China. Wenn du bitte einmal etwas ausführlich und in einer Sprache, die auch Laien verstehen, etwas darüber klarlegen kannst, z.B. welche Erkenntnisse ihr bei euren Forschungen in bezug auf das Glyphosat und andere Gifte gewonnen habt, die in der Landwirtschaft und im Gartenbau usw. sowie allgemein in Form von Herbiziden und Pestiziden bei uns auf der Erde ausgebracht werden und alles vergiften.

Ptaah: Glyphosathaltige Unkrautvernichter werden tonnenweise eingesetzt, und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch von Hausgärtnern, Gartenbaubetrieben und Hobbygärtnern. Glyphosatprodukte werden vom berühmten Gentech-Konzern Monsanto hergestellt. Die schädlichen Auswirkungen auf Natur, Fauna, Flora und Mensch werden nicht nur bagatellisiert und verharmlost, sondern vehement geleugnet. Wer eine Schädlichkeit glyphosathaltiger Stoffe in bezug auf die Menschen und andere Lebensformen nachweisen kann, wird von Monsantos Anwälten zum Schweigen gebracht. Glyphosat ist aber sehr wohl schädlich und löst auch Krebs aus, wobei es nicht nur wahrscheinlich krebsfördernd ist, sondern unweigerlich Krebs auslöst, wozu schon geringste Mengen im Nanobereich genügen, wie auch für vielerlei andere Leiden und Krankheiten, von denen Menschen und Tiere usw. befallen werden. Die Anwendung des Herbizids in jeder Form ist nicht nur für alle Konsumenten äusserst gesundheitsgefährdend und also gefährlich, sondern auch für deren Nutzer und Verbraucher wie Landwirte, Gartenbauer, Plantagenbetreiber sowie Hausgärtner und Hobbygärtner usw. usf. Unsere Forscher können Glyphosat und seine Abbaustoffe zumindest in Nanobereichen in der Luft, im Regen und gar in der Atmosphäre, wie aber auch in höheren Nanodosen im Grundwasser und im menschlichen Körper sowie in unzähligen Lebensformen aller Gattungen und Arten nachweisen. Glyphosat ist also ein Unkrautvernichter des Konzerns Monsanto, worüber wir schon einmal gesprochen haben, und bei diesem Toxin handelt es sich um einen sehr gefährlichen Krebserreger der schlimmsten Sorte, wobei schon minimalste Nanomengen genügen, um den Organismus von Mensch, Tier und allen Lebensformen zu schädigen. Glyphosathaltige Unkrautvernichter werden aber nicht nur vom berühmten Gentech-Konzern Monsanto hergestellt, sondern auch anderweitig, und sie werden tonnenweise von Konzernen diverser Art und von Behörden zur Unkrautvernichtung eingesetzt. Die schädlichen und lebensgefährdenden und gar lebenszerstörenden Auswirkungen auf die Natur, Fauna und Flora sowie auf den Menschen werden bewusst kriminell verharmlost oder gar geleugnet. Und wer in dieser Beziehung eine Schädlichkeit des Glyphosats nachweisen kann, wird von Monsantos Anwälten zum Schweigen gebracht, denn das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat ist für den Hersteller des Saatgut- und Gentechnik-Konzerns Monsanto mit Sitz in St. Louis im US-Bundesstaat Missouri ein Milliarden-Geschäft. Glyphosathaltige Unkrautvernichter sind sogenannte Breitbandherbizide, die für fast alle Pflanzenarten giftig sind, wobei diese Toxine seit dem Ablauf des Patentschutzes auch von anderen zahlreichen Unternehmen hergestellt werden, folglich die Hälfte des Giftangebots heute aus China stammt. Glyphosat ist weltweit einer der am meisten eingesetzten Herbizid-Wirkstoffe, wobei ganz klar gesagt werden muss, dass in bezug auf das weltbekannte Roundup dieses in sich sehr viel giftiger ist als sein aktiver Bestandteil Glyphosat. Und dies ist darum so, weil die Rezeptur noch diverse weitere Toxine enthält, wie z.B. Formaldehyd, wodurch der sogenannte «Cocktail Effekt» zustande kommt, durch den sich eine Mischung ergibt, die infolge der einzelnen Komponenten noch viel gefährlicher und toxischer ist als diese für sich allein. Dadurch ergibt sich für die Menschen sowie für alle Lebensformen überhaupt, dass wenn sie mit dieser Mischung in Berührung kommen und die verschiedenen Gifte in ihre Körper eindringen, und zwar sowohl durch die Poren, Schleimhäute, die Atemwege und die Nahrung, dass die Organe und das Blut mit all diesen Toxinen kontaminiert werden, was durch diese Vergiftung zwangsläufig zur gesamtorganischen Schädigung führt. Und dies auch dann, wenn in erster Zeit – die manchmal Jahre dauern kann, je nach der Menge Gift, die in den Organismus eingedrungen ist, und zwar in der Regel erst im Nanobereich – noch keine oder nur geringe Leiden und Krankheiten entstehen. Diese wirken sich mit der Zeit jedoch in schwerwiegende Schädigungen aus, und zwar bis hin zum Krebs. Also ist immer wieder zu betonen, dass im Organismus der Menschen und aller Lebensfor-

men selbst die geringsten Mengen toxischer Stoffe schon im Nanobereich gesundheitsschädlich sind und zu schweren Leiden und Krankheiten und letztendlich zum Tod führen. Dabei muss beachtet werden, dass in der Regel von den Medizinerinnen nur selten der Ursprung der Erkrankungen erkannt wird, und wenn sie die Ursache doch noch finden, dann ist es für die Patienten zu spät, weil sie von ihren gesundheitlichen Schädigungen nicht mehr geheilt werden können. Im Lauf der Jahre wurde die Wirkung von Glyphosat und der gesamten Mixtur auf die Menschen, Amphibien, Fische, Getier, Reptilien, Säugetiere und Vögel umfangreicher, gefährlicher, krankheitserregender und tödlicher, was aber durch den Herstellerkonzern und die von ihm gekauften «wissenschaftlichen Fachkräfte» bestritten wird, die angeblich die Wirkungen von Glyphosat und dessen Mixturen untersuchten und – natürlich gegenteilig zur effektiven Wahrheit – keine Gefährdung für die Menschen und alle anderen Lebensformen feststellen konnten. In der Regel hiess und heisst es, dass bei bestimmungsgemässer Anwendung von Glyphosat bzw. Roundup und aller anderen Toxine für die Menschen und andere Lebensformen – ausser jenen, die bekämpft werden müssten – keinerlei Gesundheitsrisiken bestehen würden, obgleich Gegenteiliges der Fall ist, was jedoch einerseits vehement bestritten wird. Andererseits kann jedoch durch die massgebenden Mediziner, Pathologen und sonstigen Fachkräfte die Gefährlichkeit der Toxine nicht festgestellt werden, weil in noch geringen Mengen im Nanobereich, die bereits gesundheitsschädlich sind, die Gifte infolge des mangelnden Analysevermögens nicht festgestellt werden können oder einfach verschwiegen werden, wenn deren Feststellung schon möglich ist. Und das geschieht nicht selten durch sogenannte «Ärzte» und «Forscher» usw., die für ihr Schweigen oder ihre Falschaussagen und Lügen horrend bezahlt werden. So kommt es, dass seit jeher die Giftproduktionskonzerne, wie z.B. der Konzern Monsanto, der Herstellerkonzern von Glyphosat, dessen Mixtur sowie anderer Toxine, sehr schnell zum Gegenangriff übergehen, wenn nicht durch Schmiergelder bezahlte Fachkräfte, wie private Wissenschaftler sowie Universitäten usw., Studien betreiben und veröffentlichen, die Glyphosat, dessen Mixturen sowie andere Gifte als gesundheitsschädlich und gar tödlich für Menschen, Tiere und Getier usw. entlarven. Kritische Forscher und Wissenschaftler werden durch den Konzern Monsanto, wie praktisch aber auch durch alle anderen Toxineproduktionshersteller einfach diskreditiert oder notfalls mit Drohungen oder auf gewalttätige Weise mundtot gemacht. Unsere Forschungen ergaben, dass Glyphosat inklusive dessen Mixturen hochtoxisch für alle Böden, Gewächse, Gewässer sowie für die Menschen und alle Lebensformen überhaupt sind. Dies ist aber vielfach auch der Fall bei anderen Toxinen, doch speziell bei Glyphosat entsteht im Körper der Menschen – wie auch bei diversen anderen Lebensformen – eine Häufung von Karzinomen resp. Geschwulsten, Gewächsen, Knoten, Krebs, Tumoren und Wucherungen der Nierentubuli resp. der kleinen Nierenkanälchen oder Harnkanälchen in den Nieren. Auch im Stütz- und Bindegewebe entstehen durch schon geringste Nanomengen des Herbizids bösartige Tumore und auch Geschwulste in der Bauchspeicheldrüse, wie aber auch in erhöhtem Mass Hautkrebs, Lungenkrebs und Lymphdrüsenkrebs hervorgerufen wird. Glyphosat ist also unbestreitbar selbst in geringsten Nanomengen ein Krebserreger. Doch nicht genug damit, denn unsere Forschungen beweisen, dass Glyphosat und alle die darin enthaltenen Mixtoxine bereits in winzigsten Mengen im Nanobereich im Zellkern der DNA und in den Chromosomen der Menschen, Tiere und bei allem Getier usw. schwerwiegende Schäden verursachen, die auch Autismus und körperliche Missbildungen hervorrufen, und zwar insbesondere auch bei im Mutterleib heranwachsenden Nachkommen. In der Landwirtschaft, in Plantagen und in den Gartenbaubetrieben werden besonders Gemüse, Wintererbsen, Hülsenfrüchte, Wintergerste und Sommergetreide mit dem Toxin Glyphosat besprüht, das sich dann in diesen natürlichen Nahrungsmitteln festsetzt und die Menschen und sonstigen Lebensformen vergiftet, die von diesen essen. Glyphosat oder andere Giftrückstände sind heutzutage praktisch in allen Grundnahrungsmitteln enthalten, wie in Gemüse, Haferflocken, Mais, Soja, Weizen und Zucker usw. und damit praktisch in allen Mehlprodukten, folglich also dann auch in Teig- und Backwaren. Dass mit dem Gift Glyphosat – auch mit anderen Toxinen – die Menschen und alle Lebensformen überhaupt vergiftet sowie leidend und krank gemacht werden, das wird natürlich von den Toxineherstellungskonzernen geleugnet. Was nun aber bei der Landwirtschaft und im kommerziellen Gartenbau geschieht ist dies, dass vor der Aussaat die Felder und Gärten mit Glyphosat oder mit anderen Toxinen gespritzt werden, um sie frei zu machen von Wildpflanzen und Wildkräutern, die als Unkraut eingestuft werden, was vor der Ernte speziell durch Roundup geschieht, um auf diese Weise die Reifung der Kulturpflanzen zu beschleunigen. Das Fazit ist, dass sich natürlich giftige und krebserregende Rückstände in den pflanzlichen Nahrungs- resp. Lebensmitteln absetzen und anreichern, die dann von den Menschen konsumiert werden. Nach der Ernte wird das Herbizid dann auch auf die Stoppeln gesprüht, um den Unkrautbewuchs vor der Bodenbearbeitung ebenfalls zu unterbinden. Das Roundup ist auch unter dem Markennamen Glyfos oder Glypho Unkraut-Ex im Handel und wird natürlich auch im Privatgebrauch in Hausgärten verwendet, wie aber auch, um einen Garagenplatz oder Gartenweg, um Hauswände, Stege, Treppen und Plätze usw. von Unkraut freizuhalten. Grundsätzlich dürfte dies gar nicht erlaubt sein, weil Glyphosat nur von sachkundigen Personen mit einer entsprechenden Nachweisbescheinigung angewendet werden dürfte. Dies sollte zumindest so sein, was jedoch in der Regel beim Kauf von kleinen Mengen nirgendwo eingehalten wird, ja nicht einmal, wenn mehr als eine Literflasche oder gar ein 5-Liter-Kanister des Giftes gekauft wird, weil diese

eben billiger sind als kleine Mengen. Das Gift kann überall ungehindert gekauft werden, wo es eben verkauft wird, denn in der Regel – wenn überhaupt – werden die Käufer lediglich darüber informiert, dass sie das Mittel eigentlich nicht kaufen dürften, weil es für den Haus- und Hausgartenbereich und Privatbereich nicht zugelassen ist und weil es grundsätzlich nur von pflanzenschutzsachkundigen Personen erworben werden dürfte. Das sind in der Regel Menschen, die eine einschlägige Berufsausbildung und Berufserfahrung und eine Pflanzenschutzsachkundeprüfung ausweisen können, wie als Gärtner, Landwirte oder Personen, die eine entsprechende Prüfung abgelegt haben. Bei solchen Prüfungen müsste auch klargelegt werden, dass Toxine, und zwar egal welcher Art, keinesfalls auf Autoabstellplätzen, befestigten Garagenplätzen, Hofflächen, Plätzen und Wegen usw. ausgebracht werden dürfen, weil da in jedem Fall immer die Gefahr besteht, dass sie in Gewässer schwimmen und das Ökosystem massiv beeinträchtigen und vergiften, wie das auch beim Ausbringen in Äcker, Felder, Gärten und Wiesen usw. geschieht, weil die Gifte ins Grundwasser absickern und früher oder später auf diese Weise ins Bepflanzungsspritzwasser und ins Trinkwasser gelangen. Leider wird jedoch von keinen Käufern von Glyphosat oder sonstiger Gifte verlangt, dass sie angeben, wo genau sie die Toxine einsetzen werden. Also kaufen sie die diversen Gifte oder eben das meistgefährliche Glyphosat und besprühen damit sehr reichlich alles, was ihnen vor die Sprühdüse kommt. Kommt dann Regen dazu, dann wird das Glyphosat oder das sonstige Gift in den nächsten Ablauf oder Wassergraben gespült, wobei die hochtoxischen Stoffe in die Gewässer abfließen und sie vergiften. Je nach Menge des Glyphosat oder der sonstigen Gifte im Wasser wird nahezu alles vergiftet und vernichtet, was wächst und lebt und mit dem vergifteten Wasser in Berührung kommt oder sich über das Baden oder Trinken damit kontaminiert, und zwar ganz gleich, ob es Algen, Amphibien, reine Bodenpflanzen, Fische, Käfer, Libellenlarven, Molche, Reptilien, Vögel, Wasserpflanzen oder Wirbeltiere sind, oder eben auch die Menschen. Die Menschen gehören zwar weder zu den Amphibien noch zu anderen Lebensformen der freien Natur, doch was diese durch Giftstoffe zu töten vermag, das schadet gesundheitlich auch ihnen und geht nicht spurlos an ihnen vorüber, und zwar bis hin zum Tod, und eben auch dann, wenn aus dem auch nur im Nanobereich aufgenommenen Glyphosat oder aus anderen Giften über Jahre hinweg langsam aber sicher eine unheilbare Krebsentwicklung hervorgeht. Die Erdenmenschen müssen sich und ihre Umwelt vor Unkrautvernichtern schützen, wobei an erster Stelle das Roundup und dessen Fortsetzungsprodukte stehen, jedoch auch alle andere Toxine aller Art, die nicht vergessen werden dürfen. Grundsätzlich muss darauf geachtet werden, dass regionale Lebensmittel aus einem effektiv hochwertigen Bio-Anbau genutzt werden, weil diese weitgehend vor Herbiziden wie Roundup, wie auch vor Pestizidbelastung geschützt werden. Das bedeutet aber nicht, dass Bio-Produkte absolut vor Toxinen geschützt, jedoch in einem Zustand gehalten, gepflanzt, gezüchtet, zum Wachstum gebracht und geerntet werden können, dass ein absolutes Minimum an Toxinen in ihnen enthalten ist. Diese bewegen sich in minimalsten Nanobereichen, wodurch natürlich auch dadurch Leiden und Krankheiten nicht verhindert, jedoch minimalisiert werden können. Zu bedenken ist nämlich, dass Toxine aller Art in kleinsten Mengen auch in der Luft, im Regenwasser sowie Grundwasser und damit im Spritzwasser für die Bio-Produkte enthalten sind, auch wenn diese durch die irdischen noch sehr mangelhaften Analysegeräte infolge der winzigsten Nanomengen an Herbiziden und Pestiziden nicht erkannt werden können – zumindest noch nicht in der heutigen Zeit. Ausserdem ist auch zu sagen, dass viele als Unkräuter in Verruf geratene Wildpflanzen – sofern sie für die Menschen essbar sind – einen viel höheren Nährwert haben als jedes Kulturgemüse.

Billy: 1971 liess Monsanto Glyphosat als Herbizid patentieren und macht seither allein mit dem Roundup einen Jahresumsatz von 2 Milliarden US-Dollar. Das habe ich nachgelesen, wie auch, dass allein in der Schweiz jährlich 300 Tonnen Glyphosat verkauft und damit Äcker, Felder, Gartenbetriebe und Privatgärten, Gewässer sowie Strassen, Bahndämme, Wege und Wiesen vergiftet werden, während in Deutschland derzeit laut Erhebungen der Universität Göttingen auf 39 Prozent der Ackerflächen Glyphosat gespritzt wird. Die Giftkonzerne bestreiten aber jeden Zusammenhang mit ihren Giften und den Gesundheitsschäden vieler Menschen, doch dürfte das nunmehr gemäss einer neuen Studie nicht mehr so einfach sein, weil diese – durchgeführt von der International Agency for Research on Cancer (IARC), einer Einrichtung der WHO – das Gegenteil beweist. Die Studie wurde im März 2015 in der Fachzeitschrift *Lancet Oncology* veröffentlicht, wobei fünf Organophosphate aufgezeigt wurden, die als Herbizide oder Pestizide zum Einsatz kommen, die höchst krebserregend sind, worunter sich auch das Herbizid Glyphosat befindet, das in die 2A-Gruppe eingestuft wurde, die Substanzen umfasst, die bei Menschen, Tieren, Getier und allen Lebensformen definitiv Krebs auslösen. Bei dieser Studie handelt es sich um eine Metastudie, die seit 2001 durchgeführt wurde und die sich auf diverse Untersuchungen in den USA, Kanada und Schweden bezieht. Hierbei kamen Krebs-Experten aus 11 Ländern einstimmig zum Schluss, dass Roundup bei Tieren Krebs auslöst. Was diesbezüglich bei den Menschen geschieht, wurde wahrscheinlich auch in Betracht gezogen, doch was sich dabei ergeben hat, ist ja wohl klar.

Ptaah: Das ist mir bekannt, doch die Toxine herstellenden Konzerne lassen sich wohl nicht davon abschrecken.

Billy: Wahrscheinlich hast du ja recht, denn diese haben ungeheure Macht, die bis in die Regierungen reicht, in denen diverse Schmiergeldsüchtige sind, die ihre hohle Hand halten.

Die meisten Deutschen betrachten die deutsch-amerikanischen Beziehungen als etwas "Negatives", während weniger als 2% Russland als Bedrohung ansehen.

RT Sa, 09 Feb 2019 16:57 UTC



© AFP/ Saul Loeb

Die Mehrheit der Deutschen hat eine negative Meinung zu den aktuellen Beziehungen zwischen Washington und Berlin. Wie eine aktuelle Umfrage zeigt, halten viele China für einen zuverlässigeren Partner. Nur ein Bruchteil der Befragten glaubt, dass Russland ein Problem für sie ist.

Laut einer Umfrage des deutschen Meinungsforschungsunternehmens Civey und der Nichtregierungsorganisation Atlantik-Brücke, die eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern fördert, erscheinen die deutsch-amerikanischen Beziehungen bei 85 Prozent der deutschen Befragten in einem "negativen" oder sogar "sehr negativen" Licht. Nur etwa zehn Prozent der Befragten waren den Beziehungen gegenüber positiv eingestellt.

Was es noch schlimmer macht, ist der Umstand, dass mehr als 57 Prozent der Deutschen glauben, dass Deutschland sich ausserdem von seinem Verbündeten auf der anderen Seite des Teiches stärker distanzieren sollte, während nur 13 Prozent eine engere Beziehung befürworten. Mehr als 42 Prozent der deutschen Bürger halten China im Vergleich zu den USA auch für einen zuverlässigeren Partner für Deutschland – das sind fast doppelt so viele wie diejenigen, die sich für die USA ausgesprochen haben.

Die Deutschen scheinen auch das von den USA und ihren westlichen Verbündeten forcierte Mainstream-Narrativ nicht besonders zu befürworten, wenn es um externe Bedrohungen geht – real oder eingebildet. Die angeblich expandierende Einflusszone des traditionellen russischen Buhmannes wurde von schlapen 1,9 Prozent der Befragten als besorgniserregend angesehen, während nur 2,2 Prozent der Meinung waren, dass der Einfluss Chinas etwas zu Fürchtendes sei. Rechtspopulismus und Protektionismus wurden dagegen mit 31,1 Prozent als Top-Bedrohung eingestuft.

Die Ergebnisse der Umfrage haben die US-Experten der NGO Atlantik-Brücke offenbar in Aufregung versetzt, da sie eilig darauf drängten, mehr "Gespräche mit und über Amerika" zu fördern und sich gleichzeitig über den "grossen Vertrauensverlust gegenüber den USA" beklagten.

Die Solidarität der Deutschen gegenüber den USA hat in den letzten Jahren tatsächlich stark nachgelassen, was mit Skandalen einherging, die zeigten, wie Washington seine Verbündete ausspioniert sowie ihre Interessen missachtet, wobei das Ganze schliesslich sogar in der Androhung eines umfassenden Sanktionskrieges gipfelte. Berlins wichtigster, strategischer Verbündeter belegte sogar den zweiten Platz in der Liste der Länder, die die Deutschen am meisten fürchten, und lag damit nur einen Prozentpunkt hinter Russland, wie eine andere Anfang Januar veröffentlichte Umfrage ergab.

Eine frühere Umfrage im Sommer 2018 zeigte auch, dass die Deutschen glauben, dass das Handeln von US-Präsident Donald Trump die Welt stärker gefährde als das des russischen Staatsoberhauptes Wladimir Putin.

Quelle: <https://de.sott.net/article/33409-Die-meisten-Deutschen-betrachten-die-deutsch-amerikanischen-Beziehungen-als-etwas-Negatives-waehrend-weniger-als-2-Russland-als-Bedrohung-ansehen>

Kim Dotcom warnt: Wenn Julian Assange fällt, kommen dunkle Zeiten auf uns zu

Sott.net Fr, 12 Apr 2019 14:10 UTC

Am Donnerstag-Vormittag wurde der Wikileaks-Gründer Julian Assange verhaftet, nachdem ihm die derzeitige ecuadorianische Regierung unter Lenín Moreno völkerrechtswidrig das Asyl entzogen hat. Zuvor hatte er fast sieben Jahre in der Botschaft Ecuadors in London im Exil verbracht.



Die USA wollen schon seit Jahren die Auslieferung von Julian Assange, weil er sich "erdreistet" hat, zahlreiche Dokumente und Videos über Kriegsverbrechen der USA im Irak und in Afghanistan auf Wikileaks zu veröffentlichen, die ihm von der ehemaligen US-Militärangehörigen Chelsea Manning zugespielt worden waren. Obwohl Manning 2017 von dem scheidenden amerikanischen Präsidenten Barak Obama begnadigt wurde und der Fall damit sozusagen "eigentlich" zu den Akten gelegt ist, wollen die USA nicht darauf verzichten, Assange weiter zu behelligen.

In einem Gespräch zwischen Kim Dotcom, der ebenfalls von den USA gesucht wird und im Exil in Neuseeland lebt und Kevin Zeese, Aktivist und Anwalt, ist ein plausibler Grund dafür genannt worden:

"Wenn Julian fällt, kommen sehr dunkle Zeiten auf uns zu und kein Journalist wird mehr sicher sein", warnt Kim. **Zeese schlussfolgert, dass das Ziel hinter diesem Schauprozess ist, die Verbreitung der Wahrheit über Verbrechen der USA zu kriminalisieren und damit ein Schweigekartell zu etablieren.**

~ RT Deutsch

Das ist eine Erklärung für den ganzen Aufriss, den die USA um Julian Assange machen. Sie – und insbesondere der Tiefenstaat – wollen an ihm ein Exempel statuieren, nach dem Motto: "Wagt es ja nicht, unsere Machenschaften öffentlich zu legen, sonst seid auch ihr weg vom Fenster!"

Dass es sich hier um einen Schauprozess handelt, befürchtet auch CIA-Whistleblower John Kiriakou:

"Wenn Julian Assange als Verleger und Journalist verfolgt wird, dann wird buchstäblich nichts die Regierung davon abhalten, Journalisten der Washington Post und des Wall Street Journal sowie der New York Times und überall sonst zu verfolgen," warnte er.

~ RT.com

Einen fairen Prozess wird es in diesem Fall wohl nicht geben – im Gegenteil, das Ganze ist jetzt schon weit davon entfernt.

Quelle: <https://de.sott.net/article/33406-Kim-Dotcom-warnt-Wenn-Julian-Assange-faellt-kommen-dunkle-Zeiten-auf-uns-zu>

Lawrow: US-„Blitzkrieg“ in Venezuela ist gescheitert

Sott.net Sa, 13 Apr 2019 15:19 UTC

Der russische Außenminister Sergej Lawrow bezeichnete am Samstag die jüngsten Handlungen des US-Imperiums als gescheiterten Blitzkrieg. Ein Vergleich mit dem Nazi-Reich, der durchaus angemessen ist. Obwohl der Versuch der Amerikaner dank der Russen bisher kläglich gescheitert ist, halten die Rädelführer in Washington dennoch an ihrem Putsch-Plan fest.

"Venezuela ist in aller Munde. Der US-Blitzkrieg für einen Regierungswechsel ist gescheitert, aber Washington gibt sein Ziel, den legitimen Präsidenten (Venezuelas - Anm. d. Red.) zu stürzen, nicht auf", so Lawrow.

Das Vorgehen der USA in Bezug auf die lateinamerikanischen Staaten verurteilte er als inakzeptabel.



© Reuters

~ Sputnik

Lawrow betonte darüber hinaus Russlands Besorgnis über die Tatsache, dass in den USA die Befürworter einer Konfrontation gegen Russland weiterhin die Oberhand im politischen Geschehen haben.

"In Washington hat man Kurs darauf genommen, Vereinbarungen im Bereich der Rüstungskontrolle abzubauen. Nach dem Zusammenbruch des Vertrags gegen ballistische Raketen ist das INF-Abkommen an der Reihe. Danach kann nicht ausgeschlossen werden, dass es bei der Verlängerung des New-START-Vertrages Probleme gibt", so Lawrow.

~ Sputnik

Europa und die USA sind auch weiterhin nicht bereit für einen konstruktiven Dialog mit Russland. Russland erwarte weiterhin eine Reaktion auf seinen Vorschlag, die internationale Sicherheit zu stärken, betonte Lawrow. Brüssel und Washington seien aber offenbar noch nicht für einen solchen Dialog bereit.

~ Sputnik

Wie gewohnt streckt Russland dennoch die Hand der Versöhnung und Zusammenarbeit in Form von Initiativen aus.

Unter den verschiedenen Initiativen Moskaus nannte Lawrow eine mögliche Vereinbarung zur euroatlantischen Sicherheit, die russisch-chinesische Initiative zum Verzicht auf Waffen im Weltraum sowie den russischen Vorschlag, eine Konvention zur Bekämpfung von chemischem und biologischem Terrorismus zu entwickeln.

Russland sei ausserdem zu einer Zusammenarbeit mit der EU bereit und erachte die Bildung einer grossen eurasischen Partnerschaft als aussichtsreich, erklärte der Aussenminister.

~ Sputnik

Quelle: <https://de.sott.net/article/33407-Lawrow-US-%E2%80%99EBlitzkrieg%E2%80%99C-in-Venezuela-ist-gescheitert>

Soll es der Schweiz wie Ungarn ergehen?

Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa, Basel. 27.09.2018

Ungarn hat es abgelehnt, sich der Stasi-Diktatur von Frau Merkel zu unterwerfen, die über die EU verlangt, dass jedes Land so viele Flüchtlinge aufnimmt, wie sie ihm zuweist.

Dafür wurde Ungarn in einem geradezu stalinistischen Schauprozess vom EU-Parlament verurteilt. Die wenigsten wissen jedoch, weil dies auch unsere Schweizer Staatsmedien verschwiegen haben, dass keine Zweidrittelmehrheit zustande kam, wie vom EU-Gesetz verlangt. Denn die Enthaltungen wurden nicht mitgezählt, nur die abgegebenen Stimmen. Mit den Enthaltungen wäre keine Zweidrittelmehrheit zu-

sammengekommen. Man kann sich vorstellen, wie es der Schweiz ergehen würde. Alle unsere Initiativen wären null und nichtig. Wir hätten nichts mehr zu sagen. Dennoch arbeiten der Bundesrat und gewisse Parteien fleissig daran, dass dieser Zustand bald eintritt.

Quelle: https://schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/soll_es_der_schweiz_wie_ungarn_ergehen-3485&SID=79208e7596d617c809c6234f88df932a7918d0b5

Mit deutschen Waffen gegen das Völkerrecht

Von WIEBKE DIEHL | Veröffentlicht am 30.01.2019 um 12:43 in: Weltpolitik

Die saudisch geführte Offensive auf die jemenitische Hafenstadt Hudaida verschärft die schlimmste humanitäre Katastrophe unserer Zeit. Gleichzeitig erhöht Deutschland die Zahl der Ausfuhrgenehmigungen für Waffenexporte nach Saudi-Arabien.



Bombardement von Sana'a, Jemen

Bombardement von Sana'a, Jemen

Am 7. Juli 2018 veröffentlichte Amnesty International (AI) eine Dokumentation von Kriegsverbrechen im Jemen, begangen von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Milizen, die von ihnen ausgerüstet und trainiert werden. Die AI-Recherchen belegen das systematische Verschwindenlassen von Menschen, Folter teils bis zum Tod, sexualisierte Gewalt sowie andere Formen der Misshandlung. In Geheimgefängnissen würden Menschen teils jahrelang ohne Anklage festgehalten. Die meisten dieser Verbrechen blieben straffrei.

Neben den VAE selbst fordert AI sowohl die USA als «Partner der VAE bei der Terrorismusbekämpfung» als auch die international anerkannte, jedoch mit einer höchst zweifelhaften Legitimität ausgestattete jemenitische Regierung auf, diese Verbrechen zu unterbinden. Tirana Hassan, Direktorin des Krisenreaktionsteams von AI, geht sogar so weit, eine Untersuchung der «Rolle von US-Personal bei den im Jemen im Gewahrsam begangenen Menschenrechtsverstössen» zu fordern.¹

Die VAE sind Teil einer von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition,² die seit dem 26. März 2015 einen erbarmungslosen Krieg gegen den Jemen führt. Die dortige Bevölkerung ist längst zum Spielball geostrategischer Interessen und der Paranoia vor einem angeblichen vom Iran kontrollierten «schiitischen Halbmond», der vom Libanon über Syrien, Irak und Iran bis nach Bahrain und schliesslich in den Jemen reiche, geworden. Die Militärallianz hat eine umfassende Land-, See- und Luftblockade über das gesamte Land verhängt, mittels derer der jemenitischen Bevölkerung seit Jahren konsequent der Zugang zu Hilfslieferungen verwehrt und zugleich auch die Fluchtwege abgeschnitten werden. Aktiv unterstützt werden die Invasoren von den USA, Grossbritannien und Frankreich, sowohl in Form von logistischer Hilfe wie dem Betanken von Kriegsflugzeugen und der Weitergabe von geheimdienstlichen Erkenntnissen als auch durch die Entsendung von Spezialkräften.³ Eine Vielzahl weiterer Staaten, darunter auch Deutschland, gehören mit Rüstungsexporten in Milliardenhöhe ebenfalls zu diesem Unterstützerkreis.

Aktuelle Militäroffensive

Die Vereinten Nationen sprechen in Bezug auf den Jemen von der grössten humanitären Katastrophe unserer Zeit. Infolge der Invasion sind inzwischen drei Viertel der jemenitischen Bevölkerung, die bereits vor dem Krieg als ärmste der Region galt, auf humanitäre Hilfe angewiesen. 11,3 Millionen Menschen sind akut vom Tod bedroht, 8,4 Millionen befinden sich an der Schwelle zu einer Hungersnot, ⁴ 17,8 Millionen gelten als ernährungsunsicher. Diverse Hilfsorganisationen weltweit warnen davor, dass die im Juni begonnene aktuelle Offensive auf die Hafenstadt Hudaida neben der unmittelbaren Gefährdung der rund 600 000 Einwohner der Stadt ⁵ mittelbar die gesamten 28 Millionen Jemenitinnen und Jemeniten akut bedroht: Der Jemen musste bereits vor Beginn des Krieges 90 Prozent der benötigten Nahrungsmittel importieren. Allein über den seit dem Jahr 2014 unter Kontrolle der Ansarollah (in westlichen Medien zumeist «Huthis» genannt) stehenden Hafen Hudaida werden 70 Prozent davon eingeführt. Zudem müssen etwa 90 Prozent des Treibstoffes importiert werden. Medikamente, medizinisches Gerät und andere lebenswichtige Güter kommen ebenfalls zu grossen Teilen über Hudaida. Der dortige Hafen ist die letzte, durch die Militärallianz ohnehin streng kontrollierte und stark reglementierte Verbindung des Jemen zur Aussenwelt ⁶ und damit die einzige verbliebene Lebensader seiner Bewohner.

Die offizielle Begründung der saudisch geführten Militärkoalition für die Blockade lautet: Der angebliche Schmuggel iranischer Waffen in den Jemen und die Gefahr, selbst zum Ziel von Angriffen aus dem Nachbarland zu werden, müssten gebannt werden. Dass in der Vergangenheit mehrfach Raketen aus dem Jemen auf Saudi-Arabien abgefeuert wurden, wird zur Untermauerung ergänzt; ins Verhältnis zu den bislang über 15 000 in diesem Krieg getöteten Jemenitinnen und Jemeniten wird das nicht gesetzt. Und dass die Raketenangriffe aus dem Jemen auch als Selbstverteidigung in Reaktion auf den brutalen Angriffskrieg Saudi-Arabiens gewertet werden könnten, verschweigt man ebenfalls. Gerade erst haben die Saudis ein Angebot der Ansarollah abgelehnt, die bereits zuvor in Hudaida präsenten UN-Beobachter wieder zurück ins Land zu holen. Sie hätten sicherstellen können, dass über den Hafen von Hudaida kein Waffenschmuggel abgewickelt und zugleich die nötigste Versorgung der Bevölkerung gewährleistet würde.

Letztlich hat die Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren eine Politik unterstützt, die dem Jemen eine selbstbestimmte politische und wirtschaftliche Entwicklung versagt und eine politische Lösung verhindert hat.

Die zahllosen Bilder halb verhungertes Kinder aber scheinen die gegen den Jemen Krieg Führenden genauso wenig zu beeindrucken wie die Tatsache, dass das Gesundheitssystem und die Wasserversorgung im Land vor dem Kollaps stehen – mit oft tödlichen Folgen für die Zehntausenden Verletzten und die drei Millionen Binnenflüchtlinge. Kinder sterben, weil ihre Eltern kein Geld haben, sie ins Krankenhaus zu bringen. Lebensnotwendige Operationen können nicht durchgeführt werden, weil es an Treibstoff sowie an Medikamenten und medizinischem Gerät fehlt. Der weltweit grösste je dokumentierte Cholera-Ausbruch hat bislang 2200 Todesopfer gefordert, über 900 000 Menschen sind infiziert. Vor allem Kinder sterben an eigentlich vermeidbaren Krankheiten wie Cholera und Diphtherie, für deren Ausbruch die Blockade der Militärkoalition massgeblich mitverantwortlich ist.

«Gunst der Stunde»

Begonnen wurde der Angriff vor drei Jahren auf Bitten des damaligen «Präsidenten» des Landes, Abed Mansur Rabbo Hadi, der im Februar 2012 infolge des Sturzes von Ali Abdullah Salih für eine auf zwei Jahre begrenzte Amtszeit gewählt worden war. Hadi weigerte sich abzutreten und nutzte stattdessen die «Gunst der Stunde»: Saudi-Arabien, das den Jemen ohnehin seit Jahrzehnten als seinen Hinterhof betrachtet und entsprechend behandelt hatte, sah im Jahr 2015 seinen Kampf um Vormachtstellung in der Region gefährdet. Durch die Unterzeichnung des Atomabkommens mit Teheran schien eine Beteiligung Washingtons an einem möglichen Krieg gegen den Iran in weite Ferne gerückt. Die syrische Armee und ihre Verbündeten befanden sich auf dem Vormarsch gegen von den Golfstaaten unterstützte Terrormilizen. Riad musste mitansehen, wie sich das Kräfteverhältnis in der Region deutlich zu seinen Ungunsten verschob. 2015 war ausserdem das Jahr, in dem der saudische König Abdallah starb und der zukünftige Kronprinz und Verteidigungsminister des Landes, Muhammad bin Salman, an Einfluss gewann. Dieser wollte sich profilieren und war dafür bereit, sich auch auf direkte militärische Abenteuer in Kooperation mit lokalen, oft radikalen Milizen ⁷ einzulassen. Der Vormarsch der Ansarollah bot einen willkommenen Anlass; die Person Hadis spielte allenfalls eine Nebenrolle. Den Golfstaaten geht es genau wie ihren westlichen Bündnispartnern in erster Linie um die Kontrolle der Meerenge, die den Golf von Aden mit dem Roten Meer verbindet. Diese ist für den weltweiten Transport von Erdöl, aber auch anderen Rohstoffen zentral.

Legendenbildung

Hadi hatte zum Zeitpunkt der Intervention längst die Kontrolle über das Land verloren, seine Amtszeit war seit einem Jahr abgelaufen. Die Ansarollah, von denen die saudische Regierung glauben machen will, sie seien reine Handlanger Teherans, die mit iranischen Waffen ausgerüstet und von iranischen Geldern finanziert dessen Interessen durchsetzten, hatten grosse Teile des Landes, insbesondere den Norden und die Hauptstadt Sanaa, eingenommen. Entgegen den saudischen Legendenbildungen handelt es sich bei den Ansarollah um eine genuin jemenitische Bewegung, die sich keinesfalls von ausländischen Interessen abhängig macht. Bereits seit den 1980er Jahren tritt sie für die religiös-kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte der von der Zentralregierung massiv vernachlässigten Zaiditen, die etwa 40 Prozent der jemenitischen Bevölkerung ausmachen, sowie insbesondere für eine eigenständige, von Saudi-Arabien unabhängige Entwicklung des Landes ein. Die Ansarollah, die während der Präsidentschaft Salih von dessen Militär und mit Unterstützung Saudi-Arabiens bekämpft worden waren, hatten sich inzwischen mit ebendiesem Salih verbündet, dem gegenüber grosse Teile des Militärs weiterhin loyal waren. Die Waffen kamen nicht aus dem Iran, sondern einerseits aus den Beständen der Armee, andererseits vom jemenitischen Schwarzmarkt, wo sie leicht und billig zu haben sind.

Auch nach drei Jahren Krieg mit über 15 000 gezählten Luftangriffen, von denen mehr als ein Drittel zivile Ziele traf, scheint eine Rückkehr Hadis, der innerhalb des Jemen kaum Anhänger hat,⁸ an die Macht in weiter Ferne. Mit der Begründung, die Intervention sei von einem «legitimen Präsidenten» erbeten worden, bezeichnet die Bundesregierung den Jemen-Krieg trotz der massiven äusseren Einmischung als «innerstaatlichen bewaffneten Konflikt».⁹ Die katastrophalen Folgen der See-, Land- und Luftblockade werden zwar kritisiert, für die Massnahme aber zugleich Verständnis artikuliert. Letztlich hat die Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren eine Politik unterstützt, die dem Jemen eine selbstbestimmte politische und wirtschaftliche Entwicklung versagt und eine politische Lösung verhindert hat. So verhängte der UN-Sicherheitsrat im April 2015, also Wochen nach Beginn der Luftangriffe durch die saudisch geführte Militärallianz, ein einseitiges Waffenembargo gegen die Ansarollah. Moskau enthielt sich damals, weil der Vorschlag, ein Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien zu verhängen, nicht angenommen worden war.¹⁰ Die Resolution forderte ausserdem die Ansarollah zum Rückzug aus allen von ihnen kontrollierten Gebieten auf, zugunsten von «Präsident» Hadi. Hätten sich die Ansarollah der Resolution gefügt, wäre dies einer hundertprozentigen Verwirklichung der saudischen Kriegsziele gleichgekommen. Der damalige Sondergesandte der Vereinten Nationen für den Jemen, Jamal Benomar, reichte kurz nach dem UN-Beschluss seinen Rücktritt ein. Für das Scheitern seiner Mission machte er vor allem die Kompromisslosigkeit der Golfstaaten verantwortlich. Obwohl die Bundesregierung für sich in Anspruch nimmt, eine «zurückhaltende, verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik» zu betreiben, profitieren deutsche Rüstungsunternehmen massiv vom Handel mit den an der Militärallianz gegen den Jemen beteiligten Staaten. Allein in den letzten drei Kriegsjahren genehmigte der Bundessicherheitsrat Rüstungsexporte in Höhe von mehr als 4,6 Milliarden Euro an diese Länder – Tendenz steigend. Zu einem Einsatz von aus Deutschland stammenden Rüstungsgütern im Jemen-Krieg liegen der Bundesregierung angeblich keine «eigenen Erkenntnisse» vor.¹¹

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wurde festgeschrieben, man werde keine Ausfuhren mehr an Länder genehmigen, die «unmittelbar» am Jemen-Krieg beteiligt sind. Welche Länder konkret betroffen wären, würde diese Klausel umgesetzt, weigert sich die Bundesregierung allerdings bis heute bekannt zu geben. Ausserdem wurden Umgehungsmöglichkeiten in Form eines «Vertrauensschutzes» für Rüstungsfirmen gleich miteingebaut: Sie dürfen bereits bestehende Verträge ausführen, wenn sie «nachweisen, dass die schon genehmigten Lieferungen ausschliesslich im Empfängerland verbleiben».¹² Ein solcher Beweis ist kaum zu erbringen. Ausserdem musste die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der stellvertretenden Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, Sevim Dagdelen, zugeben, im ersten Quartal des Jahres 2018 mit Waffen im Wert von 161,8 Millionen Euro fünfmal so viele Ausfuhrgenehmigungen nach Saudi-Arabien erteilt zu haben wie im Vorjahreszeitraum.¹³ An Saudi-Arabien werden zudem acht weitere Patrouillenboote geliefert.¹⁴

Europas Interessen

Im Jemen stirbt alle zehn Minuten ein Kind. Jedes zweite jemenitische Kind erreicht das fünfte Lebensjahr nicht. Aber Europa ist neben der Verfolgung eigener wirtschaftlicher und geostrategischer Interessen vor allem damit beschäftigt, sich weiter abzuschotten. Die Bekämpfung von Fluchtursachen dient den Regierungen der westlichen Industrienationen in erster Linie dem Zweck, möglichst viele Geflüchtete von Europa fernzuhalten. Aus dem Jemen schafft es kaum ein Geflüchteter bis hierher, die meisten können aufgrund der Blockade noch nicht einmal das Land verlassen – so sie denn wollten. Das Engagement der westlichen Industrienationen zur Beendigung des grausamen Krieges gegen den Jemen wird sich voraussichtlich weiter in engen Grenzen halten und den Interessen der Rüstungsindustrie untergeordnet bleiben.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/welt/mit-deutschen-waffen-gegen-das-voelkerrecht/>

Israel hetzt USA in einen Krieg mit Iran

Dienstag, 7. Mai 2019 , von Freeman um 08:00

Am vergangenen Sonntagabend hat Trumps Kriegsberater John Bolton den Iran mit "unnachgiebiger Gewalt" gedroht, "als Antwort auf eine Reihe beunruhigender und eskalierender Indizien und Warnungen", und das Entsenden des Flugzeugträgers "USS Abraham Lincoln" und einer Bomberstaffel in die Region des Persischen Golf verkündet. Es gehe um eine "klare und unmissverständliche Botschaft" an die iranische Regierung.

Ein Mitarbeiter im US-Verteidigungsministerium legte nahe, dass es sich um eine Reaktion auf einen Angriffsplan des Iran handele. Es gebe "spezifische und glaubhafte Informationen" über geplante Attacken des Iran und dessen Stellvertreter auf US-Truppen in der Region. Potenzielle Ziele seien US-Streitkräfte in Syrien, Irak und auf See, sagte die Person der Nachrichtenagentur AP, ohne weitere Details zu nennen. Dreimal dürft ihr raten, von wem die "spezifische und glaubhafte Informationen" stammen. Aus der Propaganda- und Desinformations-Küche des israelischen Geheimdienstes Mossad, wie es zu erwarten war. Denn der Korrespondent im Weissen Haus für Axios, Barak Ravid, berichtete, "Israel übergab die Information über ein angebliches iranisches Komplott, US-Interessen im Golf anzugreifen, an die USA, bevor Sicherheitsberater John Bolton den Iran mit 'unnachgiebiger Gewalt' vergangene Nacht drohte, hat ein hochrangiger israelischer Offizielle mir erzählt."



Diese "Informationen" des Mossad kamen gleichzeitig, als einige hochrangige israelische Beamte behauptet haben, der Iran habe den palästinensisch-islamischen Dschihad befohlen, einen Konflikt in Gaza zu initiieren, um Israel davon abzuhalten, die angebliche Expansion des Iran in Syrien zu stoppen.

Der Abschuss von Raketen von Gaza auf Israel sei eine Ablenkung gewesen, wird behauptet.

Das heisst, eine ganze Armada bestehend aus dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln und Begleitschiffe, plus Bomber, werden gegen den Iran vor die Küste entsandt, nur weil das Weisse Haus den Behauptungen des Mossad glaubt.

Die Lincoln sollte sich bis zum 10. Mai in der Adria aufhalten und am von Italien angeführten NATO-Seemanöver "Mare Aperto" teilnehmen und danach den Flugzeugträger USS John C. Stennis ablösen, der bis zum 8. April im Persischen Golf war. Jetzt wird aber der Einsatz vorverlegt und der Flugzeugträger den Suez-Kanal in den nächsten 48 Stunden passieren.

Seit wie viel Jahrzehnten, ja, Jahrzehnten, behauptet das zionistische Regime, "der Iran wird in einem Jahr die Atombombe haben", dann verging das Jahr und nichts war passiert. Die Behauptung wird wiederholt und wiederholt, und wiederholt ... bis heute, aber immer noch keine Atombombe.

Alles was Israel über den Iran als Bedrohung behauptet, ist erstunken und erlogen. ALLES!!!

Genau wie alles über die Bedrohung mit Massenvernichtungswaffen des Irak eine gigantische Lüge war, die auch mit gefälschten Beweisen in Israel erfunden worden war.

Der Ober-Zionist John Bolton war auch damals 2002 der grösste Verbreiter dieser Lüge und forderte den Angriffskrieg gegen den Irak, so wie er jetzt den Krieg gegen den Iran will.

Der Duzfreund von Donald Trump, Benjamin Netanjahu, will ja schon lange, dass Washington einen "Präventivkrieg" gegen den Iran führt und hat eine Lüge nach der anderen darüber rausgelassen. Wie am 28. September 2012 vor der UNO mit der Karikatur einer Bombe.



Netanjahu forderte die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf, "eine klare rote Linie" zu ziehen, um den Iran daran zu hindern, Atomwaffen zu entwickeln.

In einer theatralischen Geste hielt Netanjahu eine karikaturartige Zeichnung einer kugelförmigen Bombe hoch und zog eine rote Linie unterhalb der Zündschnur, "bevor der Iran die zweite Stufe der Nuklearanreicherung zu einer Bombe vollendet", sagte er.

"Es ist keine Frage, ob der Iran die Bombe bekommt. Die Frage ist, in welcher Phase wir den Iran von der Bombe abhalten können", sagte Netanjahu.

"Ich frage, stellen Sie sich nur die iranische Aggression mit Atomwaffen vor", sagte er. "Wer unter Ihnen würde sich im Nahen Osten sicher fühlen? Wer wäre in Europa sicher? Wer wäre in Amerika sicher? Wer wäre irgendwo sicher?"

Was für unverschämte Lügen und erfundene Bedrohungen. Niemand glaubt mehr was Netanjahu von sich gibt, denn das war vor SIEBEN Jahren!!!

Der Iran hat bis heute keine Atombombe, im Gegensatz zu Israel, das über ein ganzes Atomwaffenarsenal schon seit über 50 Jahren verfügt, dem Atomwaffensperrvertrag NICHT beigetreten ist und KEINE UNO-Inspektoren zulässt.

Wie extrem heuchlerisch, zynisch und unverschämt ist es, mit dem Finger ständig auf den Iran zu zeigen, das keine Atomwaffen hat und auch keine will, wenn man selber welche besitzt und vor der Welt geheim hält?

Bisher hat Netanjahu alle seine Wünsche von Trump erfüllt bekommen, wie die Raketenangriffe auf Syrien, die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, die Anerkennung des geraubten syrischen Golan als zu Israel gehörend, die Klassifizierung der iranischen Revolutionsgarde als terroristische Organisation und die Verschärfung der Sanktion bis hin zum totalen Boykott der iranischen Ölimporte.

Seit 1. Mai 2019 verbieten die USA selbstherrlich allen Ländern der Welt, Öl aus dem Iran zu kaufen!!!

Ist es nicht wieder typisch, ausgerechnet diejenigen, die sich über den Aufruf "kauft nicht bei Juden" aufregen und als ganz schlimme Diskriminierung verurteilen, genau die sind, die keinerlei Probleme damit haben, "kauft nicht bei Iranern" als Strafe zu fordern?

Als Strafe für was? Weil der Iran seit 1979 seinen eigenen Weg gehen und keine Kolonie des US-Imperiums und Sklave der Finanzelite sein will?

Angefangen hat die folgsame Hörigkeit Trumps gleich nach seiner Amtseinführung mit der einseitigen Kündigung des Atomvertrages mit dem Iran, der zwischen den fünf UNO-Vetomächten sowie Deutschland auf der einen und Iran auf der anderen Seite unterzeichnet wurde, der sicherstellen soll, dass der Iran keine Nuklearwaffen baut, die Atomkraft aber weiterhin zivil nutzen kann.

Der iranische Außenminister Javad Zarif hat gesagt, die Falken im Trump-Regime und Israel wollen die USA in einen Krieg "locken", möglicherweise mit einem Angriff unter falscher Flagge.

"Diejenigen, welche die verfolgte Politik entworfen haben, wollen nicht einfach eine Verhandlungslösung", sagte Zarif gegenüber Reuters in einem Interview. Das virulente anti-iranische NEOCON "B-Team", bestehend aus Mike Pompeo, John Bolton und Benjamin Netanjahu, könnte versuchen "ein Desaster zu planen", um einen Grund zu schaffen, den Iran anzugreifen.

Wenn die bisherige Lügerei keinen amerikanischen Angriff bewirkt, dann können wir als Kriegsauslöser mit einer israelischen False-Flag gegen US-Truppen, Einrichtungen oder Schiffe rechnen, die man dem Iran in die Schuhe schiebt, um die USA gegen den Iran zu hetzen.

Es ist ja nicht so, wie wenn Israel noch nie ein US-Kriegsschiff angegriffen hätte und dabei über 34 US-Matrosen ermordete und 172 verletzte, um Ägypten als Täter zu beschuldigen und die USA in einen Krieg zu ziehen.

Der Angriff auf die USS Liberty ... Der Tag an dem Israel die USA angriff

UPDATE: Die neueste Nachricht betreffend Iran lautet, VIER B-52 Bomber sind jetzt auf dem Weg in die Region des Persischen Golf als Teil der Verkündung, der USS Abraham Lincoln Trägerverband ist dorthin befohlen worden.



Zwei der mit Atombomben bestückbaren Bomber haben am Dienstag die Barksdale Air Force Base in Louisiana verlassen und sind unterwegs zur Al Udeid Air Base in Katar. Das ist so wie wenn der Iran Bomber auf Kuba gleich ab der Küste der USA stationieren würde.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2019/05/israel-hetzt-usa-in-einen-krieg-mit-iran.html#ixzz5nmXlaK5o>

Merkel: „Deutschland ist in Afghanistan, um die US-Interessen zu verteidigen“

VON NOCH.INFO · 31/01/2019



Klartext: Kanzlerin Merkel erhält von US-Vereinigung mit 50 000 Dollar dotierten Preis „für internationale Verständigung“ und erklärt in ihrer Dankesrede, die Bundeswehr sei in Afghanistan, um auch „die Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen.“

Das Denken in nationalen Einflussphären nehme zu, warnte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Montagabend in Berlin und erinnerte daran, dass Deutschland auch in Afghanistan sei, um US-Interessen zu verteidigen. Wir sind heute ganz selbstverständlich mit unseren Verbündeten nicht nur im westlichen Balkan tätig, sondern wir sind in Afghanistan, um dort auch nach Artikel 5 [NATO] zum ersten Mal die Interessen der Vereinigten Staaten und unsere eigenen mit zu verteidigen.

Wir sind in Afrika, in Mali, und wir wissen, dass wir noch mehr tun müssen“, so die Kanzlerin. Sie appellierte, dem wachsenden Trend zum Nationalismus entgegenzuwirken und weiterhin multinational zu agieren. Sie betonte: Wir werden Verantwortung übernehmen. Das zeigt sich sowohl in steigenden Budgets für die Sicherheitsausgaben als auch in steigenden Budgets für die Entwicklungshilfe.

Und es ist unsere gemeinsame Sicherheit, die wir verteidigen müssen und wollen, weil wir unsere Werte auch verteidigen wollen. Die mahnenden Worte Merkels am Montagabend folgten nach ihrer Auszeichnung mit dem Fulbright-Preis für internationale Verständigung in Berlin.

Und die Formulierung, wir seien in Afghanistan „tätig“ ist eine Beleidigung des Verstandes von Millionen von Bürgern. Wir sind dort in einem KRIEG! Glauben Sie denn wirklich, wir seien so blöd und merken nicht, wie Ihre Sprache uns permanent betrügen will???

Quellen: RT Deutsch und Youtube

Quelle: <https://noch.info/2019/01/merkel-deutschland-ist-in-afghanistan-um-die-us-interessen-zu-verteidigen/>

Manipulation mit Staatsvertrag ARD-aktuell begleitet den geplanten Staatsstreich in Venezuela wie nach einem Drehbuch. Fakten treten in den Hintergrund, mit Täuschung und Propaganda soll das Publikum auf eine militärische Intervention eingestimmt werden.

Von REDAKTION | Veröffentlicht am 05.03.2019 um 9:20 in: Medien



Schon seit Jahren zeichnen sich die Nachrichtensendungen der ARD durch eine immer stärkere Polarisierung aus, Neutralität und Aufklärung gehören schon lange nicht mehr zum journalistischen Standard. Das globale Geschehen wird bei Tagesschau und Co. kurzerhand als «gut oder böse» dargestellt, teils sehr offen, teils mit manipulativen Tricks. Nicht selten hat es dabei den Anschein, ARD-aktuell sei nicht nur der verlängerte Arm westlicher Politik- und Wirtschaftsinteressen, sondern geradezu ein Vorreiter, die Politik des Pentagons zu verkaufen.

Jüngstes Beispiel ist die Berichterstattung zu den Vorgängen* in Venezuela. Linke und kritische <Geister> sprechen in diesem Zusammenhang von einem versuchten Staatsstreich – orchestriert durch die USA. Neutralere Positionen sehen die Machtübernahme durch den sogenannten Interimspräsidenten Juan Guaidó zumindest verfassungsrechtlich als illegitim an. Und weltweit erkennt nur eine Minderheit der Staaten den selbsternannten Staatschef an. Doch all die Bedenken und Zweifel tangieren die hochdotierten Journalisten, Auslandskorrespondenten und Redakteure der ARD nicht, ebensowenig wie sie die tatsächliche Lage der Bevölkerung in dem lateinamerikanischen Land interessiert.

Feindbilder schaffen

Mit Nicolás Maduros zweiter Amtszeit als venezolanischer Präsident begann im Januar dieses Jahres die öffentlich-rechtliche Nachrichtensoffensive. Seitdem wird fast täglich berichtet. Doch bei genauerer Analyse scheint der Venezuela-Berichterstattung bereits seit fast einem Jahr ein regelrechtes Storyboard zugrunde zu liegen. Ausführende ist in erster Linie die Leiterin des ARD-Studios in Mexico-City, Xenia Böttcher, verantwortlich auch für den Bereich Venezuela. In ihrer Darstellung kumulieren sämtliche Ereignisse unausweichlich in dem für sie einzig denkbaren Höhepunkt: dem Ende der Ära Maduro.

Auf Stufe eins begann ARD-aktuell mit der Demontage Maduros. Die Wahrscheinlichkeit einer Wiederwahl im Mai des vergangenen Jahres war für die zentrale Nachrichtenredaktion des Senders ein willkommener Anlass, trotz internationaler Beobachter und keinerlei Beanstandungen die Rechtmässigkeit der Präsidentschaftswahlen infrage zu stellen und nach «Demokratie» zu rufen.

Xenia Böttcher fing im Vorfeld die Stimmung im Land mit einem Bericht aus Caracas ein. ¹ Auf einer Strasse, inmitten vorbeifahrender Kolonnen schicker Autos (die nicht den Eindruck allseitigen Elends verbreiteten), rückt sie einen Mann in den Fokus, der Wasser aus einem Gulli am Rinnstein schöpft. Sie kommentiert: Es herrscht Wasserknappheit, die Menschen müssen sich das Wasser aus der Kanalisation schöpfen. Dann besucht sie eine Müllkippe. Auch dort kein Massenandrang Hungernder, aber sie findet einen Akteur, der vor der Kamera versichert, hier würde er sein Essen suchen müssen. Schliesslich macht sie eine Hilfseinrichtung aus, die Kindern einmal täglich eine gehaltvolle Mahlzeit anbietet. Bei Tisch interviewt die «gestandene» Auslandskorrespondentin eine Gruppe Sechs- bis Zehnjähriger – eigentlich ein No-Go – und lässt sich von den Steppkes erklären, wie schlecht Maduro das Land führt. Gegen Ende des Stücks fängt sie noch die Stimmung während einer kleinen Demonstration Oppositioneller auf der Strasse ein. Die Wahlen seien eine Farce, erklärt ihr ein Parlamentsabgeordneter aus deren Reihen. Als schliesslich zum Schluss tatsächlich noch Regierungsanhänger zu Wort kommen und versichern, Maduro sei nicht schuld an der Misere im Land, das seien vielmehr die USA, Europa und internationale Konzerne, merkt man Böttchers Stimme die «bittere Pille» an. Sie übersetzt den O-Ton, als seien die Worte degoutant und vermutlich die Regierungsanhänger ein wenig «verblendet».

Lektionen lernen

Um den *Tagesschau*-Zuschauern zu verdeutlichen, um welch diktatorischen Herrscher es sich bei Maduro handelt, griff man am 21. Mai 2018 – einen Tag nach der Wahl – während der Moderation zu einer Texteinblendung (mit teilweiser fetter Schrifttype), um Gesagtes durch Geschriebenes einprägsamer zu machen. ² Nicolás Maduro habe einen

- **autoritären** Regierungsstil/das Parlament **entmachtet**,
- Oppositionskandidaten **inhaftiert** oder **ausgeschlossen**,
- Anhänger unter **ärmerer Bevölkerung**.

Es folgte ein Bericht von Xenia Böttcher, die zuerst wieder einen Jungen – mehr Kind als Mann – seine politische Einschätzung des Wahlergebnisses ins Mikrofon sprechen lässt. Nach ein paar kurzen Bild- und Tonschnipseln von den Feierlichkeiten und der Rede Maduros nimmt sich die Korrespondentin Zeit, um Oppositionelle und Kritiker zu Wort kommen zu lassen. Alles in allem stehen dem Land düstere Zeiten bevor, so das Fazit für den Zuschauer. Gelernt hat er in diesen «Lektionen»: In Venezuela herrscht Hunger, es gibt nichts zu essen und schon gar keine Demokratie. Die Wahlen waren nicht rechtens. Schuld an allem ist der autoritäre Machthaber Maduro.

Nichts erfahren hatten die durchschnittlich zehn Millionen *Tagesschau*-Zuschauer über die tatsächlichen Ursachen des wirtschaftlichen Desasters, die Auswirkungen der US-Sanktionen und die Tatsache, dass Donald Trump bereits im August 2017 «militärische Missionen» gegenüber Venezuela als «Option gegen das Leiden und Sterben» der Menschen ins Spiel gebracht hatte. ³ Hingegen verkündete die ARD wiederholt und unmissverständlich, die USA und die Staaten der EU würden die Wahl nicht anerkennen. Diese politischen Konsequenzen werden ihre Richtigkeit haben und gut sein, war die Botschaft, die beim Betrachter hängen blieb.

Propagandistisch hatte die ARD durch die tendenziöse und manipulative Berichterstattung die erste Hürde genommen. Der Weg zum eigentlichen Ziel, dem Regimewechsel in Venezuela, war «freigeschossen». Deshalb verzichtete man in den nächsten Monaten auch geflissentlich darauf, für Berichte über all die politischen Drahtziehereien im Hintergrund wertvolle Sendezeit zu verschwenden. Im August nahm der Plot nämlich richtig Fahrt auf: Im Weissen Haus konstituierte sich das «Lateinamerikateam», ihm gehören neben dem Nationalen Sicherheitsberater John Bolton eine Reihe hochrangiger und politisch einflussreicher Exilkubaner an. Ihr erklärtes Ziel war und ist der Sturz Maduros. Dazu nahmen die erklärten Hardliner unmittelbar nach der Gründung Kontakt zur venezolanischen Opposition auf.

Ausblenden

Als Juan Guaidó Mitte Dezember 2018 auf eine Rundreise durch Lateinamerika und die USA ging, war er ausserhalb der Region ein relativ unbeschriebenes Blatt. Da seine Reise aber das erklärte Ziel hatte, eine zweite Amtszeit Maduros zu verhindern und er sowohl das «Lateinamerikateam» in Washington als auch

politische Grössen in Kolumbien (das seit der Amtszeit Iván Duques, eines extremen Rechten, absolut US-hörig ist) traf, hätten die *ARD*-Korrespondenten vor Ort durchaus aufhorchen können. Guaidó stimmte nämlich zu diesem Zeitpunkt mit seinen Gesinnungsgenossen den «Fahrplan» ab, auch den Staatsstreich, sich im Januar als «Interimspräsident» zu inthronisieren.

Dieser Coup d' État wurde – dem Storyboard der *ARD* folgend – mit keinem Wort kritisch hinterfragt. Ganz im Gegenteil berichtete man mit zufriedenen Unterton über das Ultimatum der USA und der Bundesrepublik an Maduro, Neuwahlen anzuberaumen und fand kein kritisches Wort zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas. Als es am 4. Februar darum ging, nach dem Verstreichen der Frist die formelle Anerkennung Guaidós durch die USA, Kanada und Deutschland «bekanntzugeben», untermauerte die *Tagesschau* die Bedeutung dieser politischen Entscheidung, indem sie weiszumachen versuchte, das sei einheitlich europäische Meinung. Doch selbst besten Demagogen unterlaufen grobe Schnitzer: So erkannten in den Mittagsnachrichten «alle (EU-Mitglieder) bis auf Italien» Guaidó an, um 17 Uhr war von der «Bundesregierung und sieben weiteren EU-Regierungen» die Rede und um 20 Uhr waren es dann «insgesamt 13 europäische Staaten». ⁴ Dass das nur ein Bruchteil der 28 EU- beziehungsweise knapp 50 europäischen Staaten ist, schien den verantwortlichen Redakteuren nicht weiter erwähnenswert.

Verwirrspiel

Noch am Abend zuvor hatte Xenia Böttcher unmittelbar vor dem sonntäglichen «Tatort» wieder die Bildfläche betreten, um zu einem neuerlichen Propagandaschlag auszuholen. Obwohl sie mit eigenem Filmteam und deutlich ins Bild gehaltenem *SWR*-Mikrofon in Caracas «Passanten» – erstaunlicherweise ausschliesslich Oppositionelle – befragen konnte, standen offensichtlich für die Berichterstattung über eine Grossveranstaltung Maduros, seiner Wähler und Sympathisanten am Tag zuvor weder Zeit noch Mittel zur Verfügung. So bediente sich Böttcher für den grössten Teil ihres Berichtes kurzerhand diversen Archivmaterials und nicht verifizierbarer Handyfilmchen aus dem Internet. «Das Staatsfernsehen präsentierte Maduro gestern vor vermeintlich Tausenden Anhängern», kommentiert sie Bilder, auf denen der Präsident vor einer Menschenmenge spricht. «Doch die Bilder waren offenbar manipuliert, wie Handyvideos und Augenzeugenberichte belegen. Es kamen bestellte Funktionäre und Milizen, der Boulevard an sich war weitgehend leer. Ein Täuschungsversuch.» Zum Beweis zeigt sie Handymaterial, auf dem eine relativ leere Strasse zu sehen ist, liefert aber keinen Beleg für die Authentizität der gezeigten Bilder, weder Datum und Uhrzeit noch Ort oder Quelle. Hingegen fängt sie – wieder mit eigenem *SWR*-Mikro – den Kommentar eines Passanten ein: «Bei Maduro war niemand, es war ein Betrug.» ⁵ Eine schriftliche Anfrage der *Hintergrund*-Redaktion bei *ARD-aktuell* bezüglich des Ursprungs des gezeigten Materials blieb bislang unbeantwortet. ⁶

Im *Morgenmagazin* des folgenden Tages legte Böttcher noch einmal nach. Nun hatte sie – wieder in sogenanntem Klammermaterial – auch noch den O-Ton eines Jungen gefunden: «Warum ich Maduro unterstütze? Weil er uns gezwungen hat!» ⁷, tönt es mit eindeutiger Botschaft, und die Korrespondentin kann daraufhin ansetzen, voll des Lobes über die ehrenwerte Opposition im Land zu berichten. «Es heisst, 80 Prozent der Venezolaner wollen den Regierungswechsel ...», erklärt sie zu Bildern von Guaidó und bleibt damit so unspezifisch, wie es Journalismus eben nicht sein darf. Die Einleitung «es heisst» ist bereits Beleg für manipulative Ungenauigkeiten, Fakten sind das nicht – und die hat sie entweder nicht oder will sie nicht offenbaren. Dafür hat sie sich mittlerweile die «militärische Option» Trumps zu eigen gemacht, dessen O-Ton sie lang und breit Platz einräumt, um am Schluss ihres Berichtes regelrecht zu bedauern, dass das venezolanische Militär nach wie vor hinter Maduro steht.

Eine grundlegende Frage zur Berichterstattung der *ARD* und ihrer Auslandskorrespondenten stellt sich aber vor allem angesichts der Tatsache, dass Xenia Böttcher laut eigenem Bekunden am Sonntag, den 3. Februar in Caracas war, um die Stimmung unter den Oppositionellen einzufangen: Wo aber war sie am 2. Februar, als aus Anlass des 20. Jahrestages der bolivarianischen Revolution Tausende Menschen auf den Strassen feierten? An diesem Tag liefert sie für die 20-Uhr-Tagesschau ein kurzes Stück ausschliesslich aus Fremdmaterial ab. ⁸ Zu Bildern des venezolanischen Staatssenders *VTV* berichtet sie, «viele tausend Anhänger der Regierung Maduro füllen den Boulevard der Hauptstadt. Sie feiern zwanzig Jahre Sozialismus in Venezuela, und ein Ende sei nicht in Sicht, trotz aller internationaler Bedrohung». Die «vielen Tausend» stimmten durchaus mit Berichten anderer Medien überein, so zum Beispiel der *taz*, deren Südamerikakorrespondent Jürgen Vogt berichtet: «Zur Feier des 20. Jahrestags der bolivarianischen Revolution hat die Regierung ihre Anhängerschaft am Samstag auf der Avenida Bolívar im westlichen Stadtbezirk Libertador von Caracas mobilisiert. ... Und tatsächlich war es am Samstag fast wie in alten Zeiten. Auf der proppenvollen Avenida wiegen die Massen.» ⁹

Einen Tag später erfährt der *Tagesschau*-Zuschauer von Xenia Böttcher: alles eine plumpe Propagandalüge der Regierung Maduro und des Staatsfernsehens. Wäre allerdings die *ARD* am 2. Februar vor Ort gewesen, hätte man eigene Bilder senden können und wäre so den Tatsachen etwas näher gekommen – wenn man gewollt hätte.

Kulminationspunkt

Da sich seit Anfang Februar weder Maduro bewegt noch die internationale Staatengemeinschaft oder der Sicherheitsrat mehrheitlich Guaidó anzuerkennen bereit sind, steuert die *ARD*-Berichterstattung die nächste Eskalationsstufe an. Dazu dient ihr die Verhinderung der Lieferung von USAID-Hilfsgütern, die angeblich auf Wunsch Guaidós via Kolumbien ins Land gebracht werden sollen.¹⁰ Darunter «300 000 Medikamente, für Menschen, die bald sterben werden, sagt Juan Guaidó», kommentiert Böttcher und zeigt anstelle der Arzneimittel Bilder mit aufgereihtem Toilettenpapier, Zahncreme, Zahnbürsten und Säcken mit undefinierbarem Inhalt. Diese wertvollen Waren lagern in Kolumbien nahe der venezolanischen Grenze und werden nicht ins Land gelassen. Guaidó wird zum Wohltäter, der Menschen das Leben retten will, Maduro, der den Grenzübergang auf einer Brücke über den Rio Táchira versperrt haben soll und damit seinem Volk die lebensrettenden Güter vorenthält, wird hingegen indirekt zum Mörder gestempelt. Guaidó spricht von einem «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» – begangen von Maduro und seinem Militär. Böttcher übersetzt brav und lässt die Behauptungen unkommentiert. «Eine militärische Intervention, etwa durch die USA, schliesst Guaidó nicht eindeutig aus, droht aber auch nicht mit ihr», so ihr Fazit. Dass die Las-Tienditas-Brücke seit ihrer Fertigstellung im Jahr 2016 noch nie offen war und die einzigen regelmässigen Nutzer Schmuggler waren, die nachts billiges Benzin aus Venezuela nach Kolumbien schafften¹¹, wird in der *Tagesschau* nicht erwähnt, sondern vielmehr der Eindruck erweckt, eine pulsierende Verbindung zwischen den beiden Ländern sei plötzlich und böswillig verbarrikadiert worden. Hingegen meldete die kolumbianische Regionalzeitung *La Opinión* bereits vor drei Jahren, dass die Brücke für die Katz gebaut worden sei: «Die 40 Millionen Dollar, die Kolumbien und Venezuela für den Bau der internationalen Tienditas- Brücke ausgaben, die Norte de Santander mit Táchira verbindet, haben sich nicht ausgezahlt.»¹² Von kolumbianischer Seite war die Brücke schon lange mit Betonklötzen und Eisenzäunen versperrt, lange bevor Maduro die Container aufstellen liess. Eine militärische «Lösung» unter dem Vorwand der Humanität rückt immer dann näher, wenn ein vermeintlicher «Schurke» sein Volk willentlich leiden lässt. Die *ARD* hat verbal und medial Vorsorge für einen Militärschlag getroffen.

Framing

Aufklärung über die Hintergründe des Konfliktes in dem lateinamerikanischen Land sähe anders aus. Aber offensichtlich verfolgt *ARD-aktuell* einen ganz anderen Plan. Kürzlich wurde bekannt, dass *ARD*-Manager das in Berlin ansässige Berkeley International Framing Institute beauftragt haben, Regeln für eine Imageverbesserung des Senderverbundes zu entwickeln. Ein Vorschlag aus dem nun fertiggestellten «Framing Manual»¹³: «Fakten ... werden in einer öffentlichen Auseinandersetzung erst zu guter Munition, wo ihre moralische Dringlichkeit kommuniziert wird.» Der Begriff Framing kommt aus dem Englischen, bedeutet in übertragenem Sinne «Einrahmen» und beschreibt in der Medienwirkungsforschung die Einbettung von zumeist politischen Ereignissen und Themen in Deutungsrauer. Einfach erklärt dient Framing dazu, das Publikum unbemerkt durch Begriffe zu beeinflussen – man nennt das auch Manipulation. Ein Handbuch für diese Techniken hat man sich nun eigens für die öffentlich-rechtlichen Anstalten von einem der wohl renommiertesten (und teuersten) Institute entwickeln lassen – da fragt man sich: wozu? Journalismus sollte eigentlich ein Antagonismus zu Framing sein.

Aus Hintergrund Heft 1/2019 (ab 12. März im Handel)

Quelle: <https://www.hintergrund.de/hintergrund/manipulation-mit-staatsvertrag/>

Giftmischer

Das EU-Rahmenabkommen gegen die «störrischen Schweizer».

von Roger Köppel Weltwoche vom (Weltwoche Nr. 18.19)

EU-No-Newsletter, News | 2. Mai 2019

Man sollte sich in der Schweizer Politik endlich verabschieden vom naiven Irrtum, die EU sei an möglichst gleichberechtigten bilateralen Beziehungen interessiert. Die EU ist überhaupt nicht an gleichberechtigten Beziehungen mit der Schweiz interessiert. Die EU fordert, seit bald zehn Jahren, die Schweiz möge sich gefälligst dem europäischen Recht samt europäischen Richtern unterstellen. Das Instrument dieser Unterwerfung ist der EU-Rahmenvertrag, den uns die EU mit wachsendem Druck aufnötigen will.

Die Absichten, die hinter diesem Zwangsvertrag stehen, sind bekannt und bestens dokumentiert. Vor ein paar Jahren bezeichnete EU-Chefkommissar Jean-Claude Juncker die Schweiz in einem Interview als «ge-

ostrategisches Unding». Ein «Unding» ist ein Ding, das es nicht geben sollte, gemäss Duden ein «Skandal», ein «Schandfleck». Junckers Worte waren nur um Nuancen freundlicher als der berühmte Satz des früheren iranischen Präsidenten Achmadinedschad, der einst versprach, Israel von der Landkarte zu wischen.



Juncker spricht von Freundschaft, aber Freunde bezeichnen ihre Freunde nicht als Schandfleck oder Unding. Wenn sie es trotzdem tun, sind sie keine Freunde, sondern Gegner, Feinde, die ihre wahren Absichten hinter falschen Worten verstecken. Junckers Freundschaft ist Knechtschaft, verpackt in ein Rahmenabkommen, dessen Nichtannahme durch die Schweiz unfreundliche Strafen und Diskriminierungen seitens der EU bewirken würde.

Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein.

Weniger charmant und rotweinbeschwingt als bei Juncker klingt es bei Manfred Weber, dem kantig-strammen CSUler und hochhoffizieller Bewerber der Europäischen Volkspartei für die Juncker-Nachfolge im EU-Kommissions-Präsidium. Weber hielt kürzlich an einer Kadertagung eine Rede. Was er dort über die Schweiz zu sagen hatte, klang nicht wie eine Liebeserklärung, es klang auch nicht nach Bayern. Es klang eher nach Brüssel, nach Preussen und Pickelhaube.

Er werde die Schweizer «Sonderrolle» nicht mehr länger dulden, dekretierte Weber laut der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Von Brüssel profitieren und dauernd über Brüssel schimpfen, das sei keine akzeptable Haltung.

Man werde in der EU andere Saiten aufziehen müssen gegen «die störrischen Schweizer». Nein, die Leute an der EU-Spitze sind nicht an der Fortführung gleichberechtigter bilateraler Beziehungen interessiert. Sie sehen die Schweiz nicht als Freund, sondern als parasitären Trittbrettfahrer, als «Rosinenpicker». Sie ärgern sich über Volksentscheide, die ihnen nicht passen und in der EU Begehrlichkeiten wecken. Sie wollen die Schweiz unter die EU-Haube bringen. Fertig mit der «Sonderrolle».

Es ist gleichgültig, ob wir diese Sichtweise für richtig oder für falsch halten. Wir sollten die EU-Spitzenfunktionäre aber ernst nehmen in ihren Aussagen und Absichten. Sie wollen keine Fortsetzung des «bilateralen Wegs» auf Augenhöhe. Sie wollen befehlen, die Schweiz soll gehorchen. Sie wollen etwas Neues, sie wollen den institutionellen Rahmenvertrag.

Der Bundesrat redet sich ein, redet der Schweiz ein, der EU-Rahmenvertrag sichere die gleichberechtigten bilateralen Beziehungen. Der Bundesrat behauptet, das institutionelle Abkommen sei im Interesse der Schweiz. Was für ein Unsinn. Entweder der Bundesrat nimmt Brüssel nicht ernst, oder er will die Schweizerinnen und Schweizer für dumm verkaufen.

Der Rahmenvertrag ist Ausdruck des erklärten EU-Willens, das politische «Unding» Schweiz zu beseitigen, die «Sonderrolle» zu beenden. Das institutionelle Abkommen installiert die EU als neuen Gesetzgeber in der Schweiz, und zwar überall dort, wo es aus Sicht der EU «binnenmarktrelevant» ist. Was «binnenmarktrelevant» ist, entscheidet die EU. Binnenmarkt betrifft alles: Steuern, Zuwanderung, Arbeitsmarktgesetze, Sozialwerke. Im Streitfall entscheiden EU-Richter. Widersetzt sich die Schweiz, darf die EU Strafanktionen gegen die Schweiz verhängen.

Das gab es seit der Gründung des Bundesstaats, ja seit der Eroberung der Eidgenossenschaft durch Napoleon noch nie: Die rechtmässige Schweizer Regierung überträgt einer auswärtigen Macht die Befugnis, die Schweizer Stimmbürger zu bestrafen, wenn sie anders abstimmen, als es die auswärtige Macht verlangt.

Der Rahmenvertrag ist also nicht nur ein Fremdbestimmungs- und Unterwerfungsvertrag. Er ist darüber hinaus auch ein Bestrafungsvertrag. Er schreibt die Regeln fest, unter denen sich die Stimmbürger in den

Augen einer fremden Macht strafbar machen durch die Inanspruchnahme ihrer demokratischen Volksrechte.

Unter dem Rahmenvertrag gilt: Wer an Abstimmungen teilnimmt und nicht so abstimmt, wie es die EU will, begeht eine Regel-, eine Rechtsverletzung, handelt kriminell. Mit diesem Rahmenabkommen kriminalisiert der Bundesrat auf Druck des Auslands sein Volk. Haben sie in Bern eigentlich komplett den Verstand verloren?

Ja, es ist eine Verschwörung gegen den Schweizer Stimmbürger, gegen die direkte Demokratie im Gang. Früher waren die Bundesräte immerhin ehrlich. Sie gaben zu, das Ziel der Schweizer EU-Verträge sei der EU-Beitritt. Heute behaupten sie wahrheitswidrig, das Rahmenabkommen sichere die Unabhängigkeit, obwohl das Gegenteil der Fall ist.

Hausärzte, die ihren Patienten wider besseres Wissen die falsche Medizin verschreiben, verlieren ihre Zulassung. Politische Giftmischer können polizeilich nicht belangt werden. Sie müssen an den Abstimmungsurnen gestoppt werden. Solange es die Abstimmungsurnen noch gibt.

Quelle: <https://eu-no.ch/giftmischer/>

Hat Trump seine Regierung unter Kontrolle, oder ist es überhaupt seine Regierung?

Von Paul Craig Roberts, 07.05.2019

<https://www.paulcraigroberts.org/2019/05/07/does-trump-have-control-of-his-government-or-is-it-his-government/>

Ich rieche, dass da was faul ist. John Bolton, Trumps Nationaler Sicherheitsberater oder genauer gesagt der Agent Israels, hat ein Team versammelt, das aus ihm besteht, dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu, dem emiratischen Kronprinzen Mohammed bin Zayed und dem saudischen Herrscher Mohammed bin Salman. Diese Männer sind die vier ärgsten Feinde des Iran.

Der Zweck dieses Teams ist, ein False Flag Ereignis zu produzieren, das Washington einen Vorwand liefert, den Iran anzugreifen. Da die Israelis das kompetenteste Mitglied dieses Team sind, wird spekuliert, dass Israel ein amerikanisches Flugzeug abschiessen oder ein Schiff der US-Marine angreift, und Washington gibt dann über die presstituierten Medien dem Iran die Schuld. Mit anderen Worten: Eine Neuauflage der Operation Northwood, die der US-Generalstab Präsident Kennedy vorlegte, in der Hoffnung damit eine US-Invasion Kubas auszulösen.

Der Plan scheint bereits in Bewegung gesetzt zu werden. Sowohl Bolton als auch der amtierende Pentagon-Chef Patrick Shanahan haben verkündet, sie hätten eine „glaubwürdige Bedrohung durch iranische Regimekräfte“ entdeckt. „Wir fordern das iranische Regime auf, alle Provokationen einzustellen. Wir werden das iranische Regime zur Rechenschaft ziehen, sollten US-Streitkräfte oder unsere Interessen angegriffen werden.“

(Anm.d.Ü.: Zur False Flag siehe auch: <https://www.zerohedge.com/news/2019-05-10/bolton-held-extremely-rare-iran-meeting-cia-headquarters>

Ein aussergewöhnliches und hochrangiges Treffen im CIA Hauptquartier. Es könnte um „hoch sensible verdeckte Operationen“ gegangen sein.)

Um es deutlich zu machen, die „Bedrohung“ und die „Provokation“ werden nicht identifiziert. Aber irgendwie gibt es sie, obwohl Nachrichtensender und Regierungen nirgends auf der Welt etwas über „sich zuspitzende Aktionen der Iraner“ wissen – ausser Washington, Israel und Saudi-Arabien.

Bolton liess eine Flugzeugträger-Gruppe und eine Bomberstaffel auffahren, um die nicht identifizierte „Bedrohung“ zu unterdrücken.

Nun stellt sich heraus, dass die iranische Gefahr für die USA – von wem schon – von Israel aufgedeckt wurde.

Der iranische Aussenminister Javad Zarif hat die falsche Anschuldigung gegen den Iran als Fake News verurteilt, die einen Angriff auf den Iran rechtfertigen sollen.

Aussenminister Pompeo (Anm.d.Ü.: die bössartige Seekuh) hat sich den Anschuldigungen gegen den Iran angeschlossen: „Es trifft absolut zu, dass wir eskalierende Aktionen der Iraner gesehen haben, und es trifft auch zu, dass wir den Iran für Angriffe auf amerikanische Interessen zur Rechenschaft ziehen werden.“

CNN goss zur False Flag Öl ins Feuer und zitierte „nicht genannte Offizielle“, die bestätigen, dass die USA „spezifische und glaubwürdige“ Erkenntnisse haben, dass iranische Streitkräfte US-Streitkräfte ins Visier nehmen.

Jetzt geht das schon wieder los. Klingt exakt wie „Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen“, „Assads Einsatz von Chemiewaffen“ und so weiter und so fort.

Möglicherweise soll diese Orchestrierung den Iran dazu veranlassen, die Einhaltung des iranischen Atomabkommens einzustellen. Die USA haben versucht, das Abkommen zu zerstören, indem sie sich aus dem Abkommen zurückzogen, aber der Iran und die anderen Regierungen, die das Abkommen unterzeichnet haben – Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, Russland und China – haben es weiterhin respektiert.

Wenn Washington den Iran provozieren kann, das Abkommen zu kündigen, dann kann Washington den Iran isolieren, indem es dem Iran die Unterstützung Russlands und Chinas vorenthält sowie die europäische Opposition gegen die US-Sanktionen ausschaltet.

Möglicherweise werden Russland, China und Europa nicht durch Washingtons Trick getäuscht und halten zum Iran, denn ein Krieg mit dem Iran liegt in niemandes Interesse, ausser den Herrschern von Israel und Saudi-Arabien.

Die Schamlosigkeit und Kühnheit von John Bolton sind aussergewöhnlich. Nach Jahrzehnten falscher Anschuldigungen und Ereignisse durch Washington und Israel, die darauf abzielten, Regierungen zu stürzen, die den Plänen der Ziokons im Weg stehen, erleben wir es hier wieder einmal.

Erfolg schafft Erfolg. Wenn die russische und die chinesische Regierung nicht über einen ausreichenden Realitätssinn verfügen, um die Kriegshetzer in Washington wissen zu lassen, dass es keinen Angriff auf den Iran geben wird, dann wird Russland als nächstes dran sein, und dann wird China an der Reihe sein. Russland und China können sich der Hegemonie Washingtons nicht entziehen, indem sie den Erfolg zulassen.

Wenn Boltons und Netanyahus Plan gelingt, wird der Iran der letzte Schritt vor dem Atomkrieg sein.

Quelle: <https://www.theblogcat.de/uebersetzungen/pcr-trump-und-seine-regierung-07-05-2019/>

Pamela Anderson und Kristinn Hrafnsson besuchen Julian Assange: "Es geht um Leben und Tod"

Sott.net Mi, 08 Mai 2019 16:55 UTC

Nach der schockierenden Festnahme des Wikileaks Gründers Julian Assange am 11. April ist es jetzt Pamela Anderson und WikiLeaks-Chef Kristinn Hrafnsson gelungen, Assange im Gefängnis kurz zu besuchen. Assange wird im Gefängnis seit Wochen schlimmer als ein Schwerverbrecher behandelt und die grundlegendsten Menschenrechte werden ihm verwehrt. Zuvor war Assange fast sieben Jahre in der ecuadorianischen Botschaft in London eingesperrt, um den langen Händen des US-Imperiums zu entkommen.



© Screenshot Youtube/ RT Deutsch

Anderson und Hrafnsson bei ihren Statements vor dem Gefängnis am Dienstag

Sowohl Pamela als auch Hrafnsson waren schockiert über Assanges Zustand und die Umstände, in denen er im "britischen Guantanamo" in Einzelhaft hinter Gittern sitzt.

Zum ersten Mal seit seiner Verhaftung konnte Julian Assange Besuch von Freunden empfangen. Die Schauspielerin Pamela Anderson besuchte ihn gemeinsam mit WikiLeaks-Chef Kristinn Hrafnsson im Londoner Belmarsh-Gefängnis. Danach zeigten sich beide erschüttert.

Pamela Anderson hat WikiLeaks-Gründer Julian Assange am Dienstag im Gefängnis in London besucht. Nach ihrem Besuch im Belmarsh-Gefängnis trat die ehemalige Baywatch-Darstellerin gemeinsam mit dem WikiLeaks-Chef Kristinn Hrafnsson sichtlich bewegt vor die Presse.

[Julian Assange visited by Pamela Anderson and Kristinn Hrafnsson – Belmarsh prison London von Pamela Anderson auf Vimeo.](#)

Anderson sagte unter anderem auch:

"Es war sehr schockierend und schwierig, ihn so zu sehen. Er hat es nicht verdient, in einem Hochsicherheitsgefängnis zu sitzen. Er hat niemals eine Gewalttat begangen. Er ist unschuldig. Er hat keinen Zugang zur Bibliothek, zu einem Computer, er ist von jedermann abgeschnitten ..."

Am Ende der Stellungnahme sagte Anderson:

"Wir müssen sein Leben retten. So ernst ist die Lage."

Woraufhin Hrafnsson ergänzte:

"Es ist eine Frage von Leben und Tod."

~ [RT Deutsch](#)

Quelle: <https://de.sott.net/article/33452-Pamela-und-Hrafnsson-besuchen-Assange-Es-geht-um-Leben-und-Tod>

Hierzu ein Auszug aus FIGU-Bulletin Nr. 81 von September 2013

Auszug aus dem 566. offiziellen Kontaktgespräch vom 23. Juni 2013

Ptaah ... Was ich aber hinsichtlich den USA noch sagen will und erklären muss: Wie bisher bemühen wir uns nicht um die Belange in den USA, denn was sich all die vergangenen Jahre in US-Amerika ergeben hat, ist mehr als nur bedauerlich und deshalb nicht des Wertes, dass wir uns um dieses Land bemühen. Dazu gehört auch der nutzlose Versuch einer Kontaktaufnahme, die wir über dich als Mittler mit der US-Regierung suchten, wozu dann jedoch über ... unmögliche Forderungen gestellt wurden, die wir niemals mit den USA eingehen konnten. Ob dabei diese unerfüllbaren Forderungen tatsächlich von der US-Regierung oder von ... selbst ausgearbeitet und über dich an uns gerichtet wurden, das wissen wir nicht, weil unser Interesse an einer Kontaktaufnahme umgehend erlosch und wir dem Ganzen nicht mehr auf den Grund gingen. Wenn sich nun aber in den USA zukünftig vielleicht wirklich eine feste und integre FIGU-Gruppierung bilden sollte, dann können wir unter gewissen Umständen wieder darüber befinden, ob es wertvoll sein kann, eine Landesgruppe zu akzeptieren. So jedoch, wie sich bisher alles in den USA in bezug auf FIGU-Interessengruppierungen ergeben hat, kann das Ganze der Missionsverbreitung keinen Erfolg bringen. Und da wir uns nicht um die USA bemühen, haben wir auch keinerlei Informationen darüber, was sich dort in bezug auf Interessengruppen zuträgt. Wir kennen folglich nur jene Belange, die du uns nennst, eben speziell wegen ..., denn wir bemühen uns selbst tatsächlich nicht um eigene Abklärungen dessen, was sich in bezug auf die Mission und die Geisteslehre sowie diesbezüglich an Interessenaktivitäten in Amerika ergibt.

Billy Das weiss ich, und ich denke, dass das Gros der Amerikaner, Männlein wie Weiblein, noch weit davon entfernt ist, sich in eine wirklich funktionierende Ordnung einzufügen, die allein das gute Bestehen einer Landesgruppe gewährleisten kann. Die Amerikaner haben eine recht seltsame Auffassung von Frieden, Freiheit und Gleichheit der Menschen, von Gleichberechtigung, Ordnung, Harmonie und Schutz allen Lebens. Man bedenke dabei nur der unzähligen US-Rassisten, wie diese dem Ku Klux Klan, den Neonazis und der Aryan Brotherhood usw. angehören, wie aber auch des rassistischen Söldnerwesens, das offiziell erlaubt ist. Dies nebst der Todesstrafe, die noch in diversen Staaten erlaubt ist und durchgeführt wird. Und man bedenke der Folterei und Menschenunwürdigkeit in Guantánamo, wie auch der massenweisen Geheimdienst- und Kriegsverbrechen, die durch Amerikas Geheimdienstler und Militärs in diversen Ländern der Erde ausgeübt werden, ohne dass die Schuldigen jemals zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichermassen werden in Amerika, wie du mir einmal privaterweise gesagt hast, die Angehörigen der Luftwaffe, der Seestreitkräfte und die Angehörigen des üblichen Militärs nicht zur Rechenschaft gezogen und bestraft, die ihre weiblichen Kameradinnen vergewaltigen. Gegenteilig werden die sexuell missbrauchten Frauen selbst angeklagt und verurteilt, um die Offiziere usw. zu schützen, die meistens die Vergewaltigungen tausendfach begehen. Anderweitig wird den vergewaltigten Soldatinnen und Offizierinnen von gewissen Militärgerichten auch mitgeteilt, dass sie das Ganze eben als Berufsrisiko in Kauf nehmen müssten. Aber das ist die Wirklichkeit von US-Amerika, das als Weltpolizei auftritt und Saubermann spielt, während es effektiv viel stinkenden Dreck an diversen Stecken hat. Darüber wird natürlich die US-Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit nicht informiert. Und wenn etwas an die Öffentlichkeit durchsickert, dann wird es vehement bestritten und die «Verräter» werden mundtot gemacht, als Spione und Landesverräter bezichtigt, verfolgt und über Jahrzehnte eingekerkert oder gleich meuchlings ins Jenseits befördert. Das geschieht auch in bezug auf den WikiLeaks-Gründer **Julian Assange**, der im Internet öffentlich US-Kriegsverbrechen usw. bekanntgemacht hat und dessen die USA-Justiz habhaft werden will, um ihn als «Verräter» US-militärischer Geheimnisse anzuklagen und zu verurteilen. Und gleichermassen gilt das auch für den US-«Whistleblower» resp. den Ex-Geheimdienst-Spion (Nachtrag: Edward Snowden), der neuerdings ebenfalls von den USA krampfhaft in der ganzen Welt gejagt wird, weil er – selbst ein Ex-US-Spion – diverse US-Geheimdienstmachenschaften und auch die der Engländer öffentlich ausposaunt hat.

Ptaah Deine genannten Begründungen ziehen auch wir in Betracht, und das, was du zuletzt noch in

bezug auf ‹Verräter› usw. gesagt hast, entspricht auch den unbestreitbaren Tatsachen.

Billy Gut zu hören.

Ptaah Dazu ist aber zu sagen, dass es in den USA natürlich auch eine gewisse Anzahl rechtschaffener Menschen gibt, die mit den staatlichen, militärischen und menschlichen Ausartungen und falschen Verhaltensweisen nicht einverstanden sind und sich dementsprechend auch rechtschaffen verhalten. Leider haben sie jedoch keinerlei Macht, um gegen all das Ausgeartete und Falsche vorzugehen.

Billy Natürlich, davon muss ja immer ausgegangen werden, und diese werden ja nicht angeprangert. Und nur unter diesen US-amerikanischen Menschen lassen sich letztendlich vielleicht einmal Leute finden, aus denen dann eine wirkliche Landesgruppe hervorgehen kann – wenn überhaupt.

IMPRESSUM

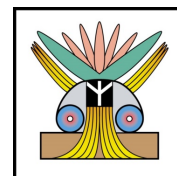
FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM ‹Billy› Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint zweimal monatlich, auch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2019
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft Universell›, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz